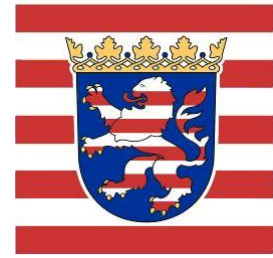




HESSEN



Bericht aus Brüssel

12/2020 vom 19.06.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	6
Außen- und Verteidigungspolitik.....	10
Europäisches Parlament.....	11
Ausschuss der Regionen.....	14
Wirtschaft.....	14
Verkehr.....	19
Energie.....	20
Digital.....	21
Forschung.....	22
Finanzdienstleistungen.....	24
Finanzen.....	26
Soziales.....	27
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	28
Umwelt.....	29
Landwirtschaft.....	30
Justiz.....	30
Inneres.....	32
Bildung und Kultur.....	35
EU-Förderprogramme.....	36
Vorschau.....	38

Europäischer Rat; Ergebnisse der Videokonferenz am 19.06.2020

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) tagten am 19.06.2020 erneut im Rahmen einer Videokonferenz. Zentraler Tagesordnungspunkt war die erste gemeinsame Aussprache der Staats- und Regierungschefs über den angepassten Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 sowie den Aufbauplan („Next Generation EU“), die die Kommission am 27.05.2020 vorgelegt hatte. Die Sitzung war nach weniger als vier Stunden beendet; Schlussfolgerungen sind nicht verabschiedet worden. Eine Einigung auf den MFR und den Aufbaufonds war von vornherein nicht beabsichtigt; dafür sind physische Gipfel geplant. Der erste Sondergipfel wird voraussichtlich Mitte Juli in Brüssel stattfinden. Vorher will ER-Präsident Michel einen Kompromissvorschlag vorlegen. Ein zweiter Sondergipfel könnte, soweit notwendig, für Ende Juli/Anfang August terminiert werden. Der ER hat sich ferner kurz mit den Ergebnissen der hochrangigen Konferenz der EU und dem Vereinigten Königreich am 15.06.2020 befasst. Die Absicht der Verhandlungsführer, ihre Gespräche über die künftige Partnerschaft im Juli zu intensivieren, wurde zur Kenntnis genommen. Der ER hat außerdem die Situation in der Ost-Ukraine erörtert und die Sanktionen gegen Russland erneut um sechs Monate verlängert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2020/06/19/>

Rat; Videokonferenz der Europaminister

Am 16.06.2020 traf der Rat der Europaminister zu einer Videokonferenz zusammen. Auf dem Programm stand zunächst ein Austausch zum geänderten Vorschlag der Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zum Recovery-Plan. Dabei ging es u.a. um die Grundstruktur des neuen MFR, um die Ermittlung des Mittelbedarfs, die Kriterien für deren Verteilung sowie um den Steuerungsrahmen. Die Minister waren sich zudem einig, dass die Folgen der COVID-19-Pandemie mit Mitteln aus dem EU-Haushalt angegangen werden müssen. Die Minister betonten weiterhin die dringende Notwendigkeit, zu einer baldigen Einigung über den MFR und den Recovery-Plan zu kommen. Vom EU-Chefunterhändler für die Umsetzung des Austrittsabkommens mit dem GBR, Michel Barnier, wurden die Mitglieder des Rats über den Stand der Verhandlungen informiert. Weiterer Tagesordnungspunkt war das 18-Monats-Programm der Trio-Ratspräsidentschaft DEU, PTL und SLO vom 01.07.2020 – 31.12.2021. Wesentliche Eckpunkte des Programms sind der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten, die Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis, die Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas sowie die Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2020/06/16/>

Kommission; Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels

Die Kommission hat am 17.06.2020 einen Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels vorgelegt. Der Bericht gibt - auch vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise - Aufschluss über langfristige demografische Trends in Europa und seinen Regionen. Zu diesen Trends gehören u.a. eine höhere Lebenserwartung, niedrigere Geburtenraten, überalternde Gesellschaften, kleinere Haushalte und eine zunehmende Verstädterung. Thematisiert wird zudem der rückläufige Anteil Europas an der Weltbevölkerung (bis 2070 voraussichtlich weniger als 4%). Veranschaulicht werden ferner die erheblichen Unterschiede im demografischen Wandel zwischen den Regionen sowie die Notwendigkeit, seine Auswirkungen auf Wachstum und Nachhaltigkeit, Beschäftigung, Gesundheit und Langzeitpflege in verschiedenen Teilen Europas anzugehen. Die Kommission betont, dass die Bewältigung der Folgen

des langfristigen demografischen Wandels vielschichtig seien. Es ginge um den Umgang mit der öffentlichen Gesundheit, den öffentlichen Haushalten oder dem öffentlichen Leben, aber ebenso um Fragen wie Vereinsamung, Pflege innerhalb des gewohnten Lebensbereichs und Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen. Eine der wichtigsten Auswirkungen des demografischen Wandels sei der rückläufige Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung. Die EU müsse deshalb geeignete Lösungen finden, um eine Erhöhung der Beschäftigungsquote und Produktivitätssteigerungen für nachhaltiges Wachstum zu erzielen. Darüber hinaus müssten die europäischen Gesundheits- und Fürsorgesysteme weiter angepasst werden. Insbesondere müssten Modelle dafür gefunden, wie die steigenden alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben finanziert werden können. Es ginge nicht unbedingt darum, die genannten Trends umzukehren oder zu verlangsamen. Vielmehr ginge es um neue Lösungen und die aktive Begleitung der Menschen durch den Wandel. Es müsse eine „Geografie der Unzufriedenheit“ vermieden werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas werde in diesem Zusammenhang eine wichtige Plattform sein, die die Möglichkeit böte, zuzuhören, zu lernen und Lösungen zu finden. Die Ergebnisse dieses Zuhörens sollen in das von der Kommission angekündigte Grünbuch zum Thema Altern und einer langfristigen Strategie für ländliche Gebiete einfließen.

https://ec.europa.eu/info/files/report-impact-demographic-change_en

EP; Entschließung zur Konferenz zur Zukunft Europas

Das EP hat auf seiner Plenarsitzung am 18.06.2020 eine Entschließung zum Standpunkt des EP zur Konferenz zur Zukunft Europas angenommen. Darin verdeutlichen die Abgeordneten, dass die Zahl der schwerwiegenden Krisen, die die Union in der Vergangenheit durchlaufen habe, die Notwendigkeit institutioneller und politischer Reformen der EU zeige. 10 Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, 70 Jahre nach der Schuman-Erklärung und vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie sei es daher an der Zeit für eine Neubewertung der Union. Die EU sei noch immer ein unvollendetes Projekt und die Konferenz zur Zukunft Europas müsse darauf hinarbeiten, dass die Union effektiver, demokratischer und bürgernäher wird. Dabei müssten die Unionsbürger eng in einen „Bottom-up“-Prozess eingebunden werden, in dessen Rahmen sie Gehör finden und einen Beitrag zu den Debatten über die Zukunft Europas leisten können. Insofern solle die Konferenz ein offenes Forum für Diskussionen mit offenem Ergebnis zwischen den verschiedenen Teilnehmern bieten. Insbesondere müsse für ökologische Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Fortschritt, Sicherheit und Demokratie gesorgt werden. Rat und die Kommission werden aufgefordert, noch vor der Sommerpause ein Einvernehmen über die Einrichtung der Konferenz zur Zukunft Europas zu erzielen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0153_DE.pdf

EP, Brexit; Empfehlungen für Verhandlungen über neue Partnerschaft mit GBR

Das Plenum des EP hat am 18.06.2020 seine Empfehlungen für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit GBR und Nordirland verabschiedet (572:34:91). In der Resolution bedauern die MdEP, dass es bisher keine realen Fortschritte bei den Verhandlungen gab, und nach wie vor erhebliche Differenzen bestehen. Sie fordern ein umfassendes Abkommen über das neue Verhältnis, das im Interesse beider Seiten sei. Die britische Verhandlungstaktik wird deutlich kritisiert; der EU-Chefunterhändler Michel Barnier hingegen erfährt volle Unterstützung. Die MdEP betonen außerdem, eine korrekte Umsetzung des Austrittsabkommens, einschließlich der Bürgerrechte, sei Voraussetzung für das Vertrauen, das notwendig sei um ein Abkommen über die neue Partnerschaft abzuschließen. Schließlich macht die Resolution deutlich, dass das EP dem Abkommen über die künftige Partnerschaft nur zustimmen wird, wenn

GBR gleiche Wettbewerbsbedingungen („level playing field“), u.a. im Bereich Umweltschutz, Arbeitsstandards und Beihilfen, akzeptiert und eine Vereinbarung zur Fischereipolitik getroffen wird.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0152_DE.html

Kommission, Brexit; Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses EU-GBR

Am 12.06.2020 tagte der für die Überwachung der Anwendung des Austrittsabkommens eingesetzte Gemeinsame Ausschuss EU-GBR zum zweiten Mal. Die Tagung wurde als Videokonferenz durchgeführt. Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič, der dem Gremium zusammen mit dem britischen Kanzler des Herzogtums Lancaster, Michael Gove, vorsitzt, erklärte nach dem Treffen, es habe einige positive Ergebnisse gegeben. Seit dem letzten Treffen des Ausschusses Ende März hätten fünf der sechs spezialisierten Ausschüsse ihre Arbeit aufgenommen, darunter die Ausschüsse, die über das Protokoll zu IRL und Nordirland sowie die Bürgerrechte beraten. Beide Themenbereiche waren auch Gegenstand der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses am 12.06.2020. Vizepräsident Šefčovič mahnte nach der Tagung, gerade mit Blick auf IRL und Nordirland sei noch viel zu tun; das bisher von GBR vorgelegte Papier zur Umsetzung des Protokolls sei nicht hinreichend. Der Ausschuss fasste seinen ersten förmlichen Beschluss, der technische Korrekturen am Austrittsabkommen vornimmt. GBR hat in der Sitzung erneut bestätigt, keine Verlängerung der am 31.12.2020 endenden Übergangsphase beantragen zu wollen. Die nächste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses soll Anfang September stattfinden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_20_1055

EP Kommission ER, Brexit; Hochrangige Konferenz GBR-EU

Am 15.06.2020 fand die sog. hochrangige Konferenz von GBR-Premierminister Boris Johnson, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie EP-Präsident David Sassoli statt. Auch der EU-Chefunterhändler Michel Barnier nahm an der Sitzung teil. Ziel des Treffens war, eine Zwischenbilanz der bisherigen Verhandlungen über das künftige Verhältnis zwischen GBR und der EU zu ziehen. Nach der knapp zweistündigen Sitzung wurde eine kurze gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin nimmt die EU die Entscheidung des GBR, keine Verlängerung der Übergangsfrist zu beantragen, zur Kenntnis. Damit endet diese Periode, in der die Briten faktisch Mitglied von Zollunion und Binnenmarkt bleiben, wie im Austrittsabkommen vorgesehen zum 31.12.2020. Sie hätte auf Antrag der Briten einmalig bis längstens Ende 2022 verlängert werden können. Sodann begrüßen die EU und das Vereinigte Königreich die bisherigen „konstruktiven“ Verhandlungen. Diese bräuchten aber neuen Schwung. Deshalb unterstützen die politischen Spitzen die Absicht der Chefunterhändler beider Seiten, die Verhandlungen im Juli zu intensivieren und die Bedingungen dafür zu schaffen, dass bis Ende 2020 ein Abkommen über die neue Partnerschaft abgeschlossen und ratifiziert werden kann. Wenn möglich, soll dazu eine frühe Verständigung auf die Grundprinzipien eines solchen Abkommens erfolgen. Schließlich zeigen sich die Parteien entschlossen, das Austrittsabkommen vollständig und rechtzeitig umzusetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2020/06/15/>

Kommission; Mitteilung zu Desinformationen und Covid-19

Die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik haben am 10.06.2020 eine gemeinsame Mitteilung zur Bekämpfung von Falschinformationen im Zusammenhang mit Covid-19 veröffentlicht. Darin legen sie dar, welche Maßnahmen gegen Desinformationen bereits ergriffen worden sind und welche zusätzlichen Initiativen kurzfristig geplant sind. Außerdem wird erläutert, welche künftigen Handlungsfelder mit Blick auf den angekündigten Europäischen Aktionsplan für Demokratie und den Aktionsplan für die Medien und den audiovisuellen Sektor in Betracht kommen. Zu den in der Mitteilung dargestellten Maßnahmen zählen u.a. der Ausbau der strategischen Kommunikation, die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit Drittstaaten sowie die Stärkung der Transparenz und der Verantwortlichkeit von Plattformen. Die Mitteilung befasst sich auch mit der Bedeutung der Pressefreiheit und des Medienpluralismus, und zeigt die Besorgnis der EU-Institutionen angesichts von Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit aufgrund nationaler „Notfallmaßnahmen“ zur Bewältigung der Coronakrise.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-tackling-covid-19-disinformation-getting-facts-right_de.pdf

Kommission; weitere 55 Mio. EUR für Geflüchtete aus Syrien bereitgestellt

Am 10.06.2020 gab die Kommission bekannt, im Rahmen des Regionalen Treuhandfonds der EU als Reaktion auf die Syrien-Krise weitere 55 Mio. EUR für Geflüchtete aus Syrien und schutzbedürftige Personen in Jordanien und Libanon zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie bereitzustellen. Die Mittel, von denen 20,1 Mio. EUR auf Maßnahmen und Programme in Jordanien und 34,6 Mio. EUR auf Maßnahmen und Programme in Libanon entfallen, sollen für gezielte Unterstützung in besonders bedeutenden Bereichen wie Gesundheit, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Hygiene aufgewandt werden. Mit den nunmehr bereitgestellten Hilfgeldern beläuft sich das Volumen des 2015 eingerichteten Treuhandfonds auf mehr als 2,2 Mrd. EUR und damit mehr als das Doppelte des ursprünglich vorgesehenen Betrages.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1013

Kommission; Mitteilung zur Wiedereröffnung der Außengrenzen vorgelegt

Die Kommission empfahl am 11.06.2020 den Schengen-Mitgliedstaaten und assoziierten Schengen-Staaten in einer Mitteilung, die Kontrollen an den Binnengrenzen bis zum 15.06.2020 aufzuheben und die vorübergehende Beschränkung von nicht notwendigen Reisen in die EU nach dem 30.06.2020 schrittweise im Rahmen eines koordinierten Vorgehens aufzuheben. Aufgrund der weiterhin kritischen Gesundheitslage in bestimmten Drittländern sollten die Beschränkungen zwar zunächst noch bis Ende Juni verlängert werden, anschließend jedoch für solche Staaten aufgehoben werden, die anhand von Grundsätzen und objektiven Kriterien wie Gesundheitslage, Fähigkeit zur Ergreifung von Eindämmungsmaßnahmen sowie Fragen der Gegenseitigkeit ausgewählt werden sollten. Im Falle von Staaten, für die die Beschränkungen zunächst aufrechterhalten werden sollten, sollten die Kategorien der einreisebefugten Personen anhand von ebenfalls vorgelegten Leitlinien ausgeweitet werden, etwa auf internationale Studierende.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1035

EASO; Zahl der Asylantragstellungen auf Tiefststand

Das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) legte am 11.06.2020 einen Sonderbericht zu Trends im Bereich Asyl im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie vor. Danach seien im April 2020 lediglich 8.730 Asylanträge registriert worden, was einen Rückgang um 87% gegenüber der Zahl der Antragstellungen in den Monaten Januar und Februar 2020 entspreche, als die Beschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie noch nicht gegolten hätten. Die Tatsache, dass im April zehnmals mehr Anträge auf Asyl als illegale Grenzübertritte registriert worden seien, zeige, dass die Antragsbearbeitung in vielen Mitgliedstaaten trotz der Beschränkungen fortgesetzt worden sei. Dieser Trend habe sich auch im Bereich der erstinstanzlichen Entscheidungen über Asylanträge gezeigt. So seien im April 35.075 erstinstanzliche Entscheidungen ergangen, was lediglich einem Rückgang um 31% gegenüber dem Monat Januar entspreche. Dieser deutlich geringere Rückgang gegenüber dem Rückgang der Antragstellungen habe geholfen, den Entscheidungs-Rückstau in einigen Staaten signifikant zu reduzieren. Ein nachhaltig rückläufiger Trend im Bereich der Asylantragstellungen sei aus den ermittelten Zahlen jedoch nicht zu schließen, aufgrund der fortschreitenden Lockerungen der Reisebeschränkungen sei mit einem baldigen Wiederanstieg der Zahlen zu rechnen. Dies habe sich bereits durch einen – wenn auch leichten – Anstieg im Mai gezeigt. Einen besonders starken Rückgang aufgrund der Pandemie-bedingten Reisebeschränkungen hätten Asylanträge von venezolanischen und kolumbianischen Staatsbürgern erfahren. Von Ersteren seien im April nur noch 80 gegenüber 5.013 im Januar gestellt worden, von Letzteren nur noch 64 gegenüber 5.272.

<https://www.easo.europa.eu/sites/default/files/easo-special-report-asylum-covid-june-2020.pdf>

Kommission; humanitäre Hilfe für Afghanistan bereitgestellt

Am 15.06.2020 gab die Kommission die Lieferung von 100 Tonnen lebensrettender Materialien über die im Mai 2020 eingerichtete humanitäre Luftbrücke zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie nach Afghanistan bekannt. Mit dem Material sollen Partner der EU, die in Afghanistan humanitäre Hilfe leisten, unterstützt werden. Ziel sei es, die schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen in Afghanistan mit Soforthilfe, Unterkünften, Nahrungsmitteln, sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen zu versorgen. Darüber hinaus würden 39 Mio. EUR im Rahmen eines neuen Hilfspaketes zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie bereitgestellt. Seit 2019 seien bereits fast 100 Mio. EUR an humanitärer Soforthilfe für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Afghanistan bereitgestellt worden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200615-afghanistan_de

EP; Gespräch mit Christine Lagarde zu den COVID-19-Maßnahmen der EZB

Am 08.06.2020 fand der vierteljährliche "Monetary Dialogue" mit Christine Lagarde, der Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), statt. Im Rahmen des Dialoges konzentrierten sich die MdEP des Wirtschafts- und Währungsausschusses fast ausschließlich auf die Maßnahmen der EZB zur Eindämmung der negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Anleihekaufprogramm der EZB für den öffentlichen Sektor. Während zahlreiche MdEP die Entscheidungen der EZB unterstützten, ihr Pandemie-Notkaufprogramm (PEPP) zu starten und zu verstärken, nannten andere MdEP verschiedene Gründe, warum die EZB zu früh zu viel getan habe. Zahlreiche MdEP fragten auch nach den Auswirkungen der Ultra-Vires-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai dieses Jahres.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200607IPR80702/covid-19-and-german-constitutional-court-decision-top-meeting-with-ecb-s-lagarde>

Kommission; EU stellt 314 Millionen EUR für innovative Unternehmen zur Pandemiebekämpfung bereit

Die Kommission fördert innovative Unternehmen bei der Pandemiebekämpfung mit 314 Mio. EUR. Dies gab Innovationskommissarin Mariya Gabriel am 08.06.2020 bekannt. 166 Mio. EUR werden dabei über den Europäischen Innovationsrat EIC vergeben, die restlichen 148 Mio. EUR sind Bestandteil des Europäischen Aufbauplans. Die Mittel kommen 36 Unternehmen zu Gute, die z.B. Bio-Dekontaminationstücher produzieren, Echtzeitdaten für die Beatmungsqualität der Patienten liefern oder an der Entwicklung einer Antikörperplattform arbeiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1007

Kommission; EU richtet Clearingstelle für die Beschaffung von Medizinprodukten ein

Die Kommission hat eine Clearingstelle für medizinisches Gerät eingerichtet. Ziel ist es, Angebot und Nachfrage zu Medizinprodukten wie Schutzausrüstung, Tests und Therapeutika mit Behörden und Herstellern abzustimmen. In diesem Rahmen können Mitgliedstaaten ihren kurz-, mittel- und langfristigen Bedarf an medizinischer Ausrüstung melden und mit dort eingestellten Angeboten von Unternehmen abgleichen. Die Clearingstelle überwacht dabei Einfuhren, Ausfuhrbeschränkungen, Produktionskapazitäten in Drittländern sowie Lieferketten und etwaige Verkehrs- und Logistikengpässe. Zudem soll sie dabei helfen, regulatorische oder technische Hemmnisse interdisziplinär zu beseitigen.

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/emergency-support-instrument/covid-19-clearing-house-medical-equipment_de

EIGE; EU-Institut startet Untersuchung der Auswirkungen auf geschlechterspezifischer Gewalt

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) startet die Untersuchung der Auswirkungen des Lockdowns im Bereich häusliche Gewalt. Ziel ist es, bessere Daten zu erhalten, in welchem Ausmaß die Krise zu mehr Fällen von physischer, psychischer und sexueller Gewalt führt. Das Ergebnis soll dazu beitragen, dass Gesundheitsbehörden und soziale Dienste geeignetere Maßnahmen für die Prävention und Intervention. Auf der Seite von EIGE werden bereits jetzt entsprechende Studien, Datenbanken und Leitfäden zur Bekämpfung von geschlechterspezifischer Gewalt zur Verfügung gestellt.

<https://eige.europa.eu/news/covid-19-and-gender-based-violence-has-pandemic-taught-us-anything>

EIB; EU-Investitionsbank unterstützt Impfstoffhersteller mit 100 Millionen EUR

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat dem Unternehmen BioNTECH am 11.06.2020 100 Mio. EUR in Form einer Fremdkapitalfinanzierung zur Verfügung gestellt, um die Entwicklung und Produktion eines Impfstoffes gegen COVID-19 voranzutreiben. BioNTECH hat als erstes europäisches Unternehmen mit der klinischen Prüfung eines Impfstoffkandidaten begonnen. Die entsprechende Studie startete im April in DEU. Zuteilt werden die Gelder in zwei Tranchen à 50 Mio. EUR, die über den Europäischen Fonds für strategische Innovationen besichert werden und zum Teil von dem EU-Finanzierungsinstrument InnovFin für risikoreiche Innovationen profitieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1034

Kommission; EU-Mitgliedstaaten wollen Datenaustausch bei Corona-Apps ermöglichen

Die Kommission gab am 16.06.2020 bekannt, dass die Mitgliedstaaten (MS) einen Informationsaustausch zwischen den nationalen Corona-Warn-Apps ermöglichen wollen. Basis hierfür ist das von der Kommission vorgeschlagene EU-Instrumentarium für die Nutzung von mobilen Apps zur Kontaktnachverfolgung und Warnung sowie die entsprechenden Leitlinien zur Einhaltung des Datenschutzes. Die von den MS vereinbarten technischen Spezifikationen für einen sicheren Informationsaustausch beziehen sich auf Programme mit einer dezentralen Architektur, wie sie z.B. bei der deutschen Corona-Warn-App Anwendung finden. Programme mit zentraler Datenspeicherung, wie in FRA, entsprechen hingegen nicht den Kriterien der europäischen Interoperabilität. Von den getroffenen Vereinbarungen erhofft sich die Kommission einen wichtigen Beitrag zur Lockerung, insbesondere der Einschränkungen für den grenzüberschreitenden Verkehr, da somit eine Nachverfolgung des Infektionsgeschehens möglich ist, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger die jeweils einzelnen mitgliedstaatlichen Apps installieren müssen. Auf europäischer Ebene wird nun an Lösungen zur Einbindung der Anwendung mit zentraler Datenspeicherung gearbeitet.

https://ec.europa.eu/health/ehealth/key_documents_en#anchor0

Kommission; EU-Hochleistungsrechner zeigt potentielles Medikament auf

Am 18.06.2020 teilte das durch EU-Mittel finanzierte Konsortium Exscalate4CoV mit, dass das Osteoporose Medikament Raloxifen ein potentielles Therapeutikum für COVID-19 Patienten darstellt. Dank der Bündelung von Hochleistungsrechenzentren in ESP, ITL und DEU konnten die möglichen Auswirkungen bekannter Moleküle auf die Genomstruktur des Coronavirus geprüft werden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Raloxifen insbesondere bei Patienten mit schwachen Symptomen zum Einsatz kommen. Bevor nun klinische Prüfungen durchgeführt werden können, müsste die Europäische Arzneimittel-Agentur noch eine Evaluierung vornehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_890

Kommission; Mitgliedstaaten können nun EU-Mittel für die Beförderung medizinischer Güter und von Patienten beantragen

Am 18.06.2020 hat die Kommission verkündet, dass die Mitgliedstaaten (MS) nun Gelder aus dem Soforthilfeinstrument. Aus diesem stehen nun 220 Mio. EUR bereit, um z.B. Frachtkosten von Hilfsgütern, die Verlegung von Patienten zwischen EU-MS oder den Transport von medizinischem Personal für Kriseneinsätze im europäischen Ausland und Anrainerstaaten zu finanzieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1118

Kommission; Kommission stellt EU-Impfstoffstrategie vor

Die Kommission hat am 17.06.2020 eine europäische Impfstoffstrategie vorgelegt. Ziel der Impfstoffstrategie ist es, die Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung eines Impfstoffes gegen COVID-19 auf europäischer Ebene voranzutreiben. Um den raschen und gleichberechtigten Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Impfstoff zu ermöglichen, basiert die EU-Strategie auf zwei Säulen: Der finanziellen Unterstützung der Hersteller durch Abnahmegarantien aus dem mit 2,7 Mrd. EUR ausgestatteten EU-Soforthilfeinstrument sowie der Anpassung des EU-Rechtsrahmens, mit der das Zulassungsverfahren unter Einhaltung der europäischen Qualitätsstandards gewährleistet werden soll. Hierzu zählt neben der beschleunigten Zulassungsverfahren z.B. Vereinfachungen bei den Kennzeichnungs- und Verpackungsvorschriften auch die Abweichung von bestehenden Regelungen zur Nutzung gentechnisch veränderter Organismen. Unternehmen mit aussichtreichen

Impfstoffkandidaten können sich über das Funktionspostfach EC-VACCINES@ec.europa.eu an die KOM wenden, um zu erfahren, inwiefern sie von der Unterstützung durch die EU profitieren können.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-strategy-vaccines-covid19_de.pdf

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Verlängerung die Krim-Sanktionen beschlossen

Der Rat teilte am 18.06.2020 mit, dass die EU ihre Sanktionen wegen der Annexion der Krim durch Russland um ein weiteres Jahr verlängern wird. Die Sanktionen würden dementsprechend bis zum 23.06.2021 fortgesetzt. Die EU erkenne die illegale Annexion der Krim durch Russland nicht an, sondern verurteile sie als Verletzung internationalen Rechts. Die Beschränkungen betreffen den In- und Export von Waren sowie u.a. ein Verbot für das Anlegen europäischer Kreuzfahrtschiffe. Lieferungen und Dienstleistungen für die Öl- und Gasproduktion sind ebenfalls untersagt. Über die Krim-Sanktionen hinaus hatte die EU aufgrund des Konflikts mit prorussischen Separatisten in der Ostukraine auch Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Die Verlängerung dieser zunächst bis 31.07.2020 befristeten Sanktionen haben die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat am 19.06.2020 beschlossen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/>

Rat; Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs der Östlichen Partnerschaft

Die Staats- und Regierungschefs der EU trafen am 18.06.2020 mit ihren sechs Amtskollegen aus Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine zusammen. Gemeinsam diskutierten sie die Reaktion auf COVID-19, die Folgen der Krise und die künftige Strategie der östlichen Partnerschaft. Dabei betonten die Staats- und Regierungschefs, wie wichtig die gegenseitige Solidarität und die substantielle Unterstützung der EU bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Krise seien. Als eine künftige außenpolitische Priorität bezeichneten die Staats- und Regierungschefs die Östliche Partnerschaft. Sie trüge zum Wohlergehen der Bürger bei und stärke u.a. die Handelsbeziehungen der betroffenen Länder. Besondere Bedeutung werde auch den Abkommen über Visafreiheit oder Visaerleichterungen beigemessen. Einhellig wurde auf der Konferenz der politische Wille zum Ausdruck gebracht, den auf der Grundlage der gemeinsamen Werte begonnenen Prozess des Aufbaus eines Raums der gemeinsamen Demokratie, des Wohlstands und der Stabilität mit vereinten Kräften fortzusetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2020/06/18/>

Rat; Videokonferenz des Verteidigungsministerrats

Unter dem Vorsitz des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, haben die Verteidigungsminister am 16.06.2020 eine Videokonferenz abgehalten, um über die Sicherheits- und Verteidigungsagenda der EU zu beraten. Dabei einigten sich die Minister auf die Entwicklung eines „Strategischen Kompasses“ zur Umsetzung der 2016 vereinbarten Zielvorgaben im Bereich Sicherheit und Verteidigung in konkretere politische Leitlinien. Weitere Themen waren die Rückverlegung militärischer Streitkräfte in Ausbildungsmissionen im Hinblick auf die schrittweise Wiederaufnahme ihrer Tätigkeiten, die Erhöhung der Stärke der militärischen Missionen und Operationen der EU sowie die Einrichtung einer wirksamen Europäischen Friedensfazilität vor Jahresende. Zur Debatte standen ferner

die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/06/16/>

Rat; Videokonferenz des Außenministerrats

Am 15.06.2020 trafen die Außenminister der EU zu einem virtuellen Treffen zusammen, um die transatlantischen Beziehungen zu erörtern. Auf dem Programm stand u.a. ein Dialog mit dem US-Außenminister, Mike Pompeo. Dabei ging es in erster Linie um das Verhältnis zwischen der EU und den USA sowie weitere außenpolitische Fragen. Hierzu gehörten die Beziehungen zu China, einschließlich der Lage in Hongkong, der Friedensprozess im Nahen Osten, die östliche Nachbarschaft mit dem Schwerpunkt Ukraine und das horizontale Problem der Desinformation, vor allem während der aktuellen COVID-19-Pandemie. Einen gesonderten Dialog in Bezug auf China schlug der Hohe Vertreter für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, vor. Mit Blick auf den Friedensprozess im Nahen Osten waren sich die Minister einig, dass Israelis und Palästinenser dazu ermutigt werden müssen, sich an einem glaubwürdigen politischen Prozess zu beteiligen. Sie sagten dabei zu, einen solchen Prozess zu unterstützen und ihm den Weg zu ebnet. Weitere Themen der Sitzung waren die weltweiten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die die Lage im östlichen Mittelmeerraum und die für den 30.06.2020 vorgesehen IV. Brüsseler Konferenz zur Unterstützung Syriens

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2020/06/15/>

Kommission, Rat; Aufruf zu Waffenstillstand in Libyen

Die Außenminister von DEU, FRA und ITA und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell haben am 10.06.2020 in einer Gemeinsamen Erklärung zu einem Waffenstillstand in Libyen aufgerufen und gefordert, den Dialog im Rahmen der 5+5 Militärkommission wiederaufzunehmen. Ferner sprachen sich die Minister dafür aus, alle ausländischen Streitkräfte und Söldner aus Libyen abgezogen werden. Dies betraf auch das gesamte militärische Material aus allen Landesteilen Libyens, die unter Verletzung des UN-Waffenembargos geliefert worden war. Alle Parteien müssten sich konstruktiv in allen UN-geführten innerlibyschen Dialogsträngen einbringen, um den Weg für eine umfassende politische Einigung im Einklang mit den in Berlin vereinbarten Parametern zu ebnet, heißt es in der gemeinsamen Erklärung.

<https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/80645/libya-joint-statement-high-representative-josep-borrell-and-foreign-ministers-jean-yves-le-en>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 17.-19.06.2020 in Brüssel

Debatte über die Beziehungen zwischen der EU und GBR und die Finanzierung der EU

Am 17.06.2020 fand eine Debatte über die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien und die Finanzierung der EU statt. Das EP werde eine Einigung mit Großbritannien nicht um jeden Preis unterstützen, warnten mehrere MdEP, die sich zu den laufenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem GBR äußerten. Sie lehnten die Absicht des GBR ab, sich nur auf bestimmte Politikbereiche in den Verhandlungen zu beschränken und andere zu ignorieren. Mehrere Redner betonten, dass sich beide Parteien an die politische Erklärung halten müssen, die im vergangenen Jahr von GBR und der EU unterzeichnet wurde und die

einen klaren Rahmen für eine zukünftige Beziehung absteckt. Das EP hofft auf eine neue Dynamik zum Abschluss der Gespräche. Zur Frage des nächsten langfristigen EU-Haushalts und des Corona-Aufbaupakets sagten die MdEP, dass die Zeit dränge, und es nun in den Händen des Europäischen Rates liege, schnell den nächsten wichtigen Schritt zu machen: einen gemeinsamen Standpunkt der Mitgliedsstaaten zu finden. Die Wirtschaft müsse dringend wieder angekurbelt werden, und der Aufbauplan „kann die Dinge zwar in Gang bringen, aber nur mit einem ehrgeizigen langfristigen Haushalt können wir unsere Ziele auch wirklich erreichen“. Viele MdEP unterstrichen, dass der Vorschlag der Kommission zum nächsten langfristigen EU-Haushalt und zum Corona-Aufbaupaket eine Mindestforderung darstelle. Darüber hinaus muss die Rolle des Parlaments bei der Ausarbeitung und Umsetzung des Pakets gestärkt werden, da „eine Krise kein Vorwand sein darf, die Demokratie zu untergraben“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-06-17-ITM-022_DE.html

Empfehlungen für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem GBR und Nordirland

Am 18.06.2020 stimmten die MdEP über die Empfehlungen des EP für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem GBR und Nordirland ab (siehe Beitrag unter „Institutionelles“).

Konferenz zur Zukunft Europas

Am 18.06.2020 nahm das EP mit einer Mehrheit von 528 - 124 - 45 eine Entschließung zur Konferenz zur Zukunft Europas an (siehe Beitrag unter „Institutionelles“).

Debatte zum Tod von George Floyd: MdEP verurteilen Rassismus und Polizeigewalt

Am 17.06.2020 debattierten die MdEP mit Vertretern des Rates und der Kommission über Rassismus, Diskriminierung und polizeiliche Gewalt, denen Minderheiten wie Afroamerikaner oft ausgesetzt sind.

Es gibt Rassismus in Europa. Darauf verwies Kommissionspräsident Ursula von der Leyen: "Wir müssen uns als Gesellschaft der Realität stellen."

"Wir sind verpflichtet, unermüdlich Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen, wo immer sie sich offen zeigen. Aber wir müssen auch subtileren Rassismus und Diskriminierung in den Blick nehmen... Im Justizsystem und bei der Strafverfolgung, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Politik und beim Thema Migration", fügte sie hinzu. Der gewaltsame Tod von George Floyd hat Menschen weltweit dazu veranlasst, sich gegen Rassismus und Polizeigewalt zu wehren. Darauf verwies MdEP Isabel Wiseler-Lima (EVP/LUX): "Diese Bewegung hat dazu geführt, dass viele junge Menschen Hoffnung für die Zukunft haben." Die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García Pérez (S&D/ESP) forderte, die Blockade der Antidiskriminierungsrichtlinie im Rat zu beenden und der EU somit mehr Rechtsinstrumente in die Hand zu geben, um Rassismus in Europa ein Ende zu setzen. Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Dacian Cioloș (RN/ROM) stellte die Frage, ob die EU-Institutionen selbst die Vielfalt der Europäischen Union widerspiegeln und forderte die Institutionen auf mit gutem Beispiel voranzugehen. MdEP Susanna Ceccardi (ID/ITL) verurteilte, dass einige der jüngsten Proteste zu Plünderungen und Schäden an historischen Statuen und Denkmälern geführt hatten. "Wir müssen auch mal vor unserer eigenen Haustür kehren. Dieses Parlament und die Kommission werden festlegen, wie die EU zur Schaffung einer nachhaltigen Gesellschaft beiträgt, in der niemand zurückgelassen wird," erklärte MdEP Alice Kuhnke (GRÜNE/SWE). MdEP Hermann Tertsch (ECR/ESP) sagte, dass in der aktuellen Debatte über Rassismus der Schwerpunkt weitgehend auf den USA liege und diese als die Bösen angesehen würden, obwohl Rassismus und Hass auch in

Europa existieren. MdEP Younous Omarjee (GUE/FRA) forderte Maßnahmen zur Bekämpfung rassistisch motivierter und sozialer Ungleichheiten in Europa.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-06-17-ITM-019_DE.html

EP setzt ständigen Steuer-Unterausschuss ein

Das EP hat am 18.06.2020 einen ständigen Unterausschuss für Steuerfragen eingesetzt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0159_DE.html

EP setzt drei Sonderausschüsse ein

Das EP hat am 18.06.2020 die Einrichtung von drei Sonderausschüssen für 12 Monate beschlossen:

den Sonderausschuss zur Bekämpfung von Krebs,

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0160_DE.html

den Sonderausschuss zur ausländischen Einmischung in alle demokratischen Prozesse in der EU, einschließlich Desinformation,

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0161_DE.html

und den Sonderausschuss für künstliche Intelligenz

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0162_DE.html

COVID-19: Überarbeitete Regeln, um Vergabe von Krediten an Unternehmen und Haushalte zu erleichtern

Am 18.06.2020 stimmten die MdEP neuen Regeln zu, die vorübergehend günstige Bedingungen für Banken gewährleisten sollen, um den Kreditfluss an Unternehmen und Haushalte zu unterstützen und Verluste aufzufangen. Damit sollen die schweren wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und der erzwungenen Eindämmung gemildert werden. Im Hinblick auf die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen einem robusten und stabilen Bankensystem und der Sicherung dringend benötigter Kredite für die EU-Wirtschaft stimmte das EP der Anwendung spezifischer Änderungen der Eigenkapitalvorschriften (CRR) zu, die in der EU kohärent angewandt werden müssen. Die Banken müssen die Auswirkungen der Pandemie auf ihre Bilanzen überwachen, notleidenden Krediten besondere Aufmerksamkeit widmen und "Know-your-customer"-Standards anwenden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0157_DE.html

Klassifikation grüner, nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten

Am 18.06.2020 nahmen die MdEP einen Rahmen an, der festlegt, welche Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch nachhaltig bezeichnet werden können (die so genannte "Taxonomie-Verordnung"). Ein EU-weit einheitliches, gemeinsames Klassifikationssystem soll Unternehmen und Anlegern Klarheit verschaffen und privates Kapital für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft mobilisieren.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0130_DE.html

AdR; ENVE-Fachkommissionsitzung

Am 08.06.2020 fand per Videokonferenz eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie, der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen und der Hochwasserrichtlinie, die Zukunft der EU-Luftqualitätspolitik im Rahmen des Null-Schadstoff-Ziels, ein Fahrplan für sauberen Wasserstoff – der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu einem klimaneutralen Europa, Europäisches Klimagesetz: Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität sowie über den Europäischen Klimapakt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2169182&meetingSessionId=2210362>

AdR; NAT-Fachkommissionsitzung

Am 18.06.2020 fand per Videokonferenz eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: ein europäischer Notfallmechanismus für Gesundheitskrisen, grenzüberschreitende Gesundheitsvorsorge sowie über eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen der Mittelmeerinseln. Weiterhin fand folgender Meinungsaustausch statt: Wiederbelebung des Ländlichen Raumes.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2171184&meetingSessionId=2212971>

Wirtschaft

Rat; Informelle Videokonferenz des Wettbewerbsfähigkeitsrats zum Wiederaufbauplan

Am 12.06.2020 tauschten sich die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten (MS) im Rahmen einer informellen Videokonferenz über den am 27.05.2020 von der Kommission vorgestellten Wiederaufbauplan aus. Der Schwerpunkt der Debatte lag auf der grünen und digitalen Wende. Die Minister identifizierten die Notwendigkeit, künftig wirtschaftliche Schocks zu verhindern und den Binnenmarkt sowie die Widerstandsfähigkeit wiederherzustellen. Solidarität, Konvergenz und enge Zusammenarbeit zwischen den MS und den EU-Institutionen seien nicht nur für die Erholung der Wirtschaft, sondern auch für einen beschleunigten grünen und digitalen Wandel unabdingbar. Im Anschluss an die Konferenz gaben die Minister eine gemeinsame offizielle Erklärung ab, in der sie ihre volle Unterstützung für den Wiederaufbauplan bekundeten und ihre Vorstellung von dessen praktischer Unterstützung darlegten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/06/12/joint-statement-of-ministers-responsible-for-the-internal-market-and-industry-on-the-recovery-plan-for-europe/>

Rat; Austausch über durch COVID-19 verursachte Störungen des multilateralen Handelssystems

Am 09.06.2020 erörterten die Handelsminister der Mitgliedstaaten die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Störungen des multilateralen Handelssystems und die Rolle der Handelspolitik bei der Regeneration der Wirtschaft. Sie erwarten, dass die Kommission bis Ende des Jahres eine Überprüfung der EU-Handelspolitik

hinsichtlich ihres Einflusses auf die Regeneration der Wirtschaft vornimmt. Die Minister betonten dabei die Notwendigkeit, die Lieferketten der EU auszubauen und zu konsolidieren. Zudem wurde die Wichtigkeit der Welthandelsorganisation (WTO) als relevantes Instrument für die Welt nach der Krise hervorgehoben. Die Minister besprachen auch mögliche Handelserleichterungen in Bezug auf medizinischen Produkten. Schließlich wurde anlässlich der Entscheidung des derzeitigen WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo, zum 31.08.2020 zurückzutreten, auch das Auswahlverfahren für seinen Nachfolger thematisiert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/06/09/>

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Zukunft der EU-Handelspolitik

Am 16.06.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer neuen mittelfristigen Strategie für die Handelspolitik eröffnet. Die Kommission verfolgt das Ziel, die Handelspolitik bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wie der COVID-19 Pandemie und dem Klimawandel einzusetzen. Die neue Strategie für die Handelspolitik solle daher die durch die COVID-19-Krise verursachten wirtschaftlichen und sozialen Schäden beheben, den Wiederaufschwung der Wirtschaft anstoßen, Arbeitsplätze schaffen, europäische Unternehmen vor unfairen Praktiken von außerhalb der EU schützen und mit den Prioritäten der EU wie Klimaschutz und Digitalisierung im Einklang stehen. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in eine Mitteilung einfließen, die für Ende des Jahres geplant ist. Die Konsultation läuft bis zum 15.09.2020.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/june/tradoc_158779.pdf

Kommission; Frist zur Umstellung der Motoren von Traktoren, Rasenmähern und Baumaschinen um ein Jahr verlängert

Am 04.06.2020 hat die Kommission vorgeschlagen, die Frist für den Einbau von Motoren mit niedrigeren Emissionsgrenzwerten für Traktoren, Rasenmäher und Baumaschinen, um 12 Monate zu verlängern. Derzeit regelt die entsprechende Verordnung über die Anforderungen in Bezug auf Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typengenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, dass Motoren der Schadstoffklasse IV nur bis zum 30.06.2020 verbaut werden dürfen. Die Kommission begründet dieses Vorhaben damit, dass sich die Unterbrechungen der Lieferketten aufgrund der COVID-19-Pandemie negativ auf die Fähigkeit der Motoren- und Maschinenhersteller, einige der Fristen einzuhalten, ausgewirkt habe.

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/EN/COM-2020-233-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF>

Kommission; Genehmigung der Übernahme der Sparte für Tierarzneimittel von Bayer durch Elanco

Am 08.06.2020 hat die Kommission die geplante Übernahme der Tiergesundheitspartie der Bayer AG durch Elanco Animal Health Inc. (Sitz in Bad Homburg) unter Auflagen genehmigt. Die Kommission verlangt als Auflage, dass Mittelohrentzündungsprodukte und verschiedenen Arten von Parasitiziden einschließlich aller erforderlichen Vermögenswerte wie geltende Lizenzen, Verträge und Marken sowie einschlägige Studien und Daten im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), GBR oder weltweit an einen oder mehrere geeignete Käufer veräußert werden. Der Zusammenschluss wird zur Gründung des zweitgrößten Tiergesundheitsunternehmens weltweit führen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1020

Eurostat; BIP und Erwerbstätigkeit im ersten Quartal 2020

Am 09.06.2020 hat Eurostat veröffentlicht, dass seiner Schätzung zufolge das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2020 im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres im Euroraum um 3,1% und in der EU um 2,6% nach +1,0% bzw. +1,2% im Vorquartal gesunken ist. Dies seien die stärksten Rückgänge seit dem dritten Quartal 2009 (-4,5% im Euroraum und -4,4% in der EU). In DEU sank das BIP im ersten Quartal 2020 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres um 2,3%. Hingegen stieg im ersten Quartal 2020 die Erwerbstätigkeit gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,4% (nach +1,1% bzw. +1,0% im vierten Quartal 2019). In DEU nahm die Erwerbstätigkeit im ersten Quartal im Vergleich zum gleichen Quartal in 2019 um 0,3% zu.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10295000/2-09062020-AP-DE.pdf/85d397ea-3c85-5372-c3f5-462b4ebfc9a1>

Eurostat; Rückgang der Industrieproduktion im April

Eurostat veröffentlichte am 12.06.2020 eine Schätzung, wonach im April 2020 gegenüber April 2019 die Industrieproduktion im Euroraum um 28,0% und in der EU um 27,2% zurückgegangen ist. Insgesamt sei die Industrieproduktion im Euroraum und in der EU auf ein Niveau gesunken wie zuletzt Mitte der 1990er Jahre. In DEU ging die Industrieproduktion im April 2020 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs um 30,2% zurück.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294904/4-12062020-AP-DE.pdf/fbf59691-b866-aa59-f491-b74fd5ed33e1>

Eurostat; Überschuss im internationalen Warenverkehr im April

Aus einer am 15.06.2020 von Eurostat veröffentlichten Schätzung war im April 2020 im Vergleich zum gleichen Monat im Vorjahr ein Rückgang von 29,3% der Warenausfuhren des Euroraums in die restliche Welt zu verzeichnen. Die Einfuhren aus der restlichen Welt sanken um 24,8% gegenüber April 2019. Infolgedessen habe der Euroraum im April 2020 einen Überschuss von 2,9 Mrd. EUR im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +15,5 Mrd. EUR im April 2019 registriert. Nach Schätzung von Eurostat sei im April 2019 ein Rückgang der Extra-EU-Warenausfuhren von 28,2% gegenüber 2019 zu verzeichnen gewesen. Die Einfuhren aus der restlichen Welt in die EU seien um 22,7% zurückgegangen. Infolgedessen habe die EU im April 2020 einen Überschuss von 0,2 Mrd. EUR im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +12,9 Mrd. EUR im April 2019 gezählt. Der Intra-EU-Handel ging im April 2020 gegenüber April 2019 um 32,0% zurück.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294880/6-15062020-AP-DE.pdf/7b0bf178-dbf0-9908-7d57-3c60821decca>

Eurostat; Rückgang der Produktion im Baugewerbe im April

Laut Schätzung von Eurostat vom 17.06.2020 sank im April 2020 die Produktion im Baugewerbe im Euroraum um 28,4% und in der EU um 24,0% gegenüber April 2019. Die stärksten Rückgänge der Produktion im Baugewerbe hätten im April 2020 im Vergleich zu April 2019 FRA (-60,6%), BEL (-39,0%) und ESP (-32,6%) zu verzeichnen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294892/4-17062020-BP-DE.pdf/06da6c5d-03ec-1d2a-eab0-a4fe95df0ef1>

Rat; Rolle der Kohäsionspolitik für die wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Pandemie

Am 15.06.2020 tauschten sich die für Kohäsionspolitik zuständigen Minister der Mitgliedstaaten (MS) im Rahmen einer Videokonferenz, an der auch Kommissarin Elisa Ferreira teilnahm, über die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die Erholung der Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie aus. Die Minister sprachen sich für die stärkere Unterstützung des Gesundheitssektors aus und betonten, dass das wirtschaftliche Potenzial der am stärksten betroffenen Sektoren wie Tourismus und Kultur voll ausgeschöpft werden müsse. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, die Flexibilität der Übertragungen zwischen den Struktur- und Investitionsfonds zu erhöhen, um künftig für Krisen besser vorbereitet zu sein und in kleinen und mittelgroßen Unternehmen die Schaffung von Arbeitsplätzen weiterhin zu fördern. Es wurden auch Überlegungen seitens der Minister dazu angestellt, die Krisenreaktionsmaßnahmen, die unter atypischen Umständen ausgelöst werden, in die Kohäsionspolitik aufzunehmen. Schließlich vereinbarten die Minister, sich weiterhin für die Stärkung der Instrumente der Kohäsionspolitik einzusetzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2020/06/15/>

Kommission; Mehr Flexibilität für die Kohäsionspolitik und Stärkung ihrer Instrumente

Am 28.05.2020 legte die Kommission einen Verordnungsvorschlag mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), den Kohäsionsfonds (KF), den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds (AMIF), den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa vor. Es handelt sich dabei um einen Vorschlag zur Änderung des bereits am 29.05.2018 vorgelegten sogenannten „Dachverordnung“ für die Fonds in geteilter Mittelverwaltung für den Zeitraum von 2021 bis 2027. Mit den vorgeschlagenen Änderungen sollen die kohäsionspolitischen Instrumente ab 2021 ihrer Rolle als langfristige wachstums- und konvergenzstärkende Instrumente gerecht werden. Die COVID-19 Pandemie hat aus Sicht der Kommission gezeigt, dass die Kohäsionspolitik flexibler werden muss. Außerdem müsse es leichter werden, schnell auf außergewöhnliche und ungewöhnliche Umstände mit befristeten Maßnahmen reagieren zu können.

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/EN/COM-2020-450-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF>

Kommission; Vorschlag zur Änderung der Verordnung über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds

Am 28.05.2020 legte die Kommission einen Vorschlag zur Änderung des Entwurfs der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds vom 29.05.2018 vor. Der Vorschlag enthält ausschließlich einige Anpassungen in den Erwägungsgründen und einige Änderungsbestimmungen des Vorschlags vom 29.05.2018, der aber vom Grundsatz her im Wesentlichen unverändert bleibt. Der Interventionsbereich des EFRE soll ausgeweitet werden, damit die zur Stärkung der Katastrophenresilienz sowie zur Stärkung der Resilienz der Gesundheitssysteme erforderlichen Versorgungsgüter gekauft werden können. Dies soll durch die Aufnahme eines neuen spezifischen Ziels erfolgen. Damit die Wirtschaft in denjenigen Regionen unterstützt werden kann, die stark von der Tourismus- und Kulturbranche abhängen, schlägt die Kommission auch hier ein darauf zugeschnittenes spezifisches Ziel vor.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/com_2020_452_en_act_v8.pdf

Kommission; Weißbuch zu drittstaatlichen Subventionen im EU-Binnenmarkt

Am 17.06.2020 hat die Kommission ein Weißbuch angenommen, das sich mit den wettbewerbsverzerrenden Wirkungen drittstaatlicher Subventionen im Binnenmarkt befasst. Im Gegensatz zu Subventionen von Mitgliedstaaten unterliegen Subventionen von Drittländern nicht den EU-Beihilfavorschriften. Drittstaatliche Subventionen fallen jedoch zunehmend negativ auf. Der Kommission zufolge steige die Zahl der Fälle, in denen Subventionen aus Drittstaaten den Erwerb von EU-Unternehmen erleichtert haben oder Investitionsentscheidungen, das Marktgeschehen, die Preispolitik der Begünstigten oder öffentliche Vergabeverfahren zum Nachteil der nichtsubventionierten Unternehmen verzerrt haben. Außerdem sieht die Kommission Regelungslücken. Denn die bestehenden Handelsschutzvorschriften betreffen nur Warenexport aus Drittländern, nicht jedoch drittstaatliche Subventionen. Das Weißbuch formuliert daher Lösungen und regt die Einführung neuer Instrumente an, um diese Regelungslücke zu schließen. Die Kommission bietet bis zum 23.09.2020 die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem im Anhang II des Weißbuchs aufgeführten Fragenkatalog. Die Ergebnisse der Konsultation sollen einfließen in die von der Kommission für 2021 geplanten Legislativvorschläge.

https://ec.europa.eu/competition/international/overview/foreign_subsidies_white_paper_de.pdf

Kommission; Jahres-Bericht über Handels- und Investitionshemmnisse für 2019

Am 18.06.2020 hat die Kommission ihren Jahresbericht über Handels- und Investitionshemmnisse für 2019 veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, dass infolge des erfolgreichen Eingreifens der EU europäische Unternehmen im Jahr 2019 zusätzliche Exporte in Höhe von 8 Mrd. EUR generieren konnten. Die Gesamtzahl der bestehenden Handelshemmnisse belaufe sich auf 438. Davon wurden im vergangenen Jahr 43 von 22 verschiedenen Drittländern neu eingeführt. Anlässlich der Veröffentlichung dieses Berichts verwies Handelskommissar Phil Hogan mit Sorge auf den derzeitigen Wandel des Welthandels. Im Jahr 2019 seien die gemeinsamen Anstrengungen erfolgreich gewesen. Die derzeitige Situation aufgrund der COVID-19-Krise erfordere jedoch neue Impulse. Handelsströme müssten unbedingt weiterhin offengehalten werden.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/june/tradoc_158789.pdf

Kommission; Geplanter Zusammenschluss von Fiat Chrysler Automobiles N.V. und Peugeot S.A.

Am 17.06.2020 hat die Kommission die Prüfung des geplanten Zusammenschlusses der Automobilunternehmer Fiat Chrysler Automobiles N.V. (FCA) und Peugeot S.A. (PSA) eingeleitet. Die Kommission befürchtet, dass dieser Zusammenschluss den Wettbewerb auf dem Markt für leichte Nutzfahrzeuge (Kleintransporter) mit einem Gesamtgewicht bis 3,5t im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und insbesondere in 14 EU-Mitgliedstaaten sowie in GBR beeinträchtigen könnte. Kommissarin Margrethe Vestager hob die wichtige Bedeutung von Kleintransportern für Privatpersonen, aber auch für KMU hervor. Für letztere spielten die Kleintransporter insbesondere für die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen eine wichtige Rolle. In vielen Ländern sei entweder PSA oder FCA Marktführer bei leichten Nutzfahrzeugen, und durch den Zusammenschluss würde dort jeweils einer der wichtigsten Wettbewerber wegfallen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1117

EuRH; Beschleunigung grenzüberschreitender Megaprojekte erforderlich

Am 16.06.2020 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen Bericht „EU-Verkehrsinfrastrukturen: Um Netzwerkeffekte planmäßig zu erzielen, bedarf es einer beschleunigten Umsetzung von Megaprojekten“ veröffentlicht. Die Prüfer nahmen acht EU-finanzierte Megaprojekte im Wert von insgesamt 54 Mrd. EUR (davon 7,5 Mrd. EUR von der EU) in den Blick, die die Verkehrsnetze von 13 Mitgliedstaaten (MS) miteinander verbinden: die baltischen Länder, BEL, DNK, DEU, FIN, FRA, ITL, AUT, POL und ESP. Aus dem Bericht geht hervor, dass sechs der geprüften milliardenschweren Infrastrukturen und ihre Anschlussstrecken wahrscheinlich nicht wie ursprünglich geplant bis 2030 mit voller Kapazität zur Verfügung stehen werden. Der EuRH stellt fest, dass Hauptgrund für diese schlechten Ergebnisse die mangelhafte Koordinierung der Projekte zwischen den MS war. Die Kommission hätte die ihr zur Verfügung stehenden begrenzten rechtlichen Instrumente bisher noch nicht genutzt, um die auf EU-Ebene vereinbarten Prioritäten in den MS durchzusetzen, die mit der Durchführung in Verzug sind.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_10/SR_Transport_Flagship_Infrastructures_DE.pdf

EP, Rat; Vorläufige Einigung über Beschleunigung der Fertigstellung des transeuropäischen Verkehrsnetzes

Am 09.06.2020 erzielten das EP und der Rat eine politische Einigung über Maßnahmen zur beschleunigten Fertigstellung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V), nachdem das EP bereits am 13.02.2019 und der Rat am 02.12.2019 zu diesem Legislativvorschlag aus dem dritten Mobilitätspaket der Kommission einen Standpunkt veröffentlicht hatten. Die vorläufige Einigung muss nun vom EP und vom Rat noch formell verabschiedet werden, bevor die Verordnung in Kraft treten kann.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_20_1023

Rat; Standpunkt zu Emissionen aus dem Luftverkehr

Am 09.06.2020 hat der Rat einen Beschluss zur Anpassung des Standpunktes der EU zum Bezugszeitraum für die Messung des Anstiegs der CO₂-Emissionen im internationalen Luftverkehr angenommen. Damit soll dem dramatischen Einbruch des Luftverkehrs aufgrund der COVID-19-Krise Rechnung getragen werden. Durch den Bezugszeitraum wird der Zielwert für die Stabilisierung der Emissionen bestimmt, der im internationalen Luftverkehr im Rahmen des Systems zur Verrechnung und Verringerung von CO₂-Emissionen für den internationalen Luftverkehr (CORSIA) erreicht werden muss. Gemäß den Festlegungen von 2018 sollte der Basiswert als Durchschnitt der 2019 und 2020 durch CORSIA erfassten CO₂-Emissionen des internationalen Luftverkehrs berechnet werden. Der Rat nimmt den Standpunkt ein, dass der Bezugszeitraum dergestalt geändert werden müsse, dass sich die zur Berechnung der Anstiegsfaktoren verwendeten Emissionswerte nur auf das Jahr 2019 beziehen. Der ICAO-Rat berät auf seiner 220. Tagung, die am 08.06. begann und bis 26.06.2020 stattfindet, über den CORSIA-Basiswert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/06/09/aviation-emissions-eu-adopts-its-position-on-adjusted-corsia-baseline-to-take-account-of-the-consequences-of-covid-19-pandemic/>

Kommission; Rückgang der Zahl von Verkehrstoten in Europa in 2019

Am 11.06.2020 hat die Kommission vorläufige Zahlen veröffentlicht, wonach 2019 im Vergleich zu den Vorjahren weniger Menschen im Straßenverkehr in der EU umgekommen sind. In 2019 starben in der EU Jahr schätzungsweise 22.800

Menschen bei einem Verkehrsunfall, was einen Rückgang um 23% im Vergleich zu 2010 und um 2% im Vergleich zu 2018 bedeutet. Europa bleibt mit durchschnittlich 51 Verkehrstoten pro 1 Mio. Einwohner die bei weitem sicherste Region der Welt, wenn es um die Verkehrssicherheit geht. Während in SWE die Straßen in 2019 (22 Verkehrstote je 1 Mio. Einwohner) am sichersten waren, meldete ROM (96 Verkehrstote je 1 Mio. Einwohner), die höchsten Opferzahlen. Der Durchschnitt lag in der EU bei 51 Verkehrstote je 1 Mio. Einwohner. In DEU sind im letzten Jahr 37 Menschen pro 1 Mio. Einwohner gestorben. Damit hat DEU so wenige Verkehrstote wie noch nie zuvor registriert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1003

EuGH; Schlussanträge zur Festlegung der LKW-Mautgebühren für die Benutzung deutscher Autobahnen

Am 18.06.2020 hat der Generalanwalt Henrik Saugmandsgaard Øe in der Rechtssache C-321/19 seine Schlussanträge zur Festlegung der LKW-Mautgebühren für die Benutzung deutscher Autobahnen vorgelegt. Nach Ansicht des Generalanwalts schließt die Richtlinie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge es aus, dass die Mautgebühren andere als die in ihr genannten Bestandteile erfasst. Dem EuGH liegt ein Vorabentscheidungsersuchen des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vor. Diesem liegt ein Rechtsstreit zwischen den Betreibern einer polnischen Spedition und DEU wegen der Rückerstattung von Mautgebühren vor. Das OVG Münster ersucht den EuGH um Auslegung des Art. 7 Abs. 9 der Richtlinie. Die Vorschrift sieht vor, dass die Mautgebühren auf dem Grundsatz der ausschließlichen Anlastung von Infrastrukturkosten beruhen, und zählt die Faktoren für die Berechnung der Mautgebühren auf. Der EuGH soll klären, ob diese Vorschrift unmittelbar Wirkung hat und ob in die Berechnung der Mautgebühren Faktoren wie die Kosten der Verkehrspolizei einfließen können. Zudem soll geklärt werden, ob eine geringfügige Kostenüberschreitung eine Verletzung dieser Vorschrift darstellt, und falls ja, ob diese Vorschrift eine nachträgliche Berechnung im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens zulässt. Der Generalanwalt schlägt in seinen Schlussanträgen vor, dem OVG Münster dahingehend zu antworten, dass sich ein einzelner auf die unmittelbare Wirkung der in Rede stehenden Richtlinienvorschrift berufen kann und diese Vorschrift die Kosten der Verkehrspolizei nicht einschließt. Ferner sei bereits eine geringfügige Überschreitung der Infrastrukturkosten als Verletzung der Vorschrift anzusehen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=227571&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5879597>

E n e r g i e

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Initiative „Renovierungswelle“

Am 11.06.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Initiative „Renovierungswelle“ gestartet. Die Kommission möchte Meinungen darüber einholen, wie regulatorische, politische und finanzielle Instrumente die energie- und kosteneffiziente Renovierung von Gebäuden begünstigen können. Ziel sei es, die jährliche Renovierungsquote des Gebäudebestands durch rechtliche und finanzielle Unterstützung mindestens zu verdoppeln. Die Renovierung von Gebäuden könne einen wesentlichen Beitrag zu Umsetzung des europäischen Green Deal leisten und sei wichtiger Bestandteil eines umweltfreundlichen und nachhaltigen Wiederaufbaus nach der COVID-19-Krise. Gelegenheit zur Stellungnahme gibt es bis zum 09.07.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12376-Commission-Communication-Renovation-wave-initiative-for-the-building-sector/public-consultation>

Rat; Informelle Videokonferenz der Energieminister zu innovativen Energielösungen

Am 15.06.2020 diskutierten die Energieminister der Mitgliedstaaten (MS) im Rahmen einer Videokonferenz, an welcher auch die Kommissarin Kadri Simson teilnahm, über die Rolle von Investitionen im Energiebereich, insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erholung und des Green Deal. Die Minister waren sich einig, dass innovative Energietechnologien wie intelligente Netze, Wasserstoff und erneuerbare Offshore- wie auch Onshore-Energien von großer Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Dekarbonisierung Europas seien. Investitionen in die Gebäuderenovierung würden eine Schlüsselrolle für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung einnehmen. In diesem Zusammenhang brachten die Minister ihre Erwartungen an die Strategie „Renovierungswelle“ der Kommission zum Ausdruck. Zum Abschluss gab Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier als Vertreter der kommenden EU-Ratspräsidentschaft einen Ausblick auf das kommende Präsidentschaftsprogramm im Energiebereich. Neben der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie und der wirtschaftlichen Erholung Europas werde eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik mit neuen Impulsen für Wachstum und Innovation im Fokus stehen. So würden etwa gemeinsame Offshore-Wind-Projekte und Wasserstoff-Technologien nicht nur einen wichtigen Beitrag leisten, um die Energie- und Klimaziele der EU zu erreichen, sondern würden auch große industriepolitische Chancen bieten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2020/06/15/>

Digital

Rat; informelle Videokonferenz des Rates für Telekommunikation

Die Mitgliedstaaten (MS) haben im Rat für Telekommunikation am 05.06.2020 im Rahmen einer informellen Videokonferenz über die Prioritäten für die EU-Digitalpolitik in der Wiederaufbauphase nach dem Covid-19-Ausbruch beraten. Die Minister diskutierten darüber, welche Lehren aus der Coronakrise für den digitalen Sektor und die Prioritäten der EU-Digitalstrategie zu ziehen sind. Sie haben außerdem einen Gedankenaustausch darüber geführt, wie sichergestellt werden kann, dass die EU und die MS mehr in Konnektivität, Daten und digitale Technologien wie Künstliche Intelligenz investieren. Es bestand Einigkeit darüber, dass weitere Investitionen in die digitale Infrastruktur notwendig seien, um die digitale Lücke zu schließen, die den Zugang zu eHealth, eLearning und Telearbeit erschwert. Weitere Themen waren die globale Wettbewerbsfähigkeit und die digitale Souveränität der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2020/06/05/>

Rat; Annahme von Schlussfolgerungen zu Europas digitaler Zukunft

Der Rat hat am 09.06.2020 im schriftlichen Verfahren Schlussfolgerungen zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas angenommen. Die Beschleunigung des digitalen Wandels soll eine wesentliche Komponente der Reaktion der EU auf die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise sein. Ferner werden die Bedeutung der digitalen Souveränität Europas, der Schutz der europäischen Werte und der Beitrag von Forschung und Innovation für die Entwicklung der nächsten Generation digitaler Technologien betont. Die Schlussfolgerungen befassen sich

außerdem mit der Bedeutung der Datenwirtschaft als „Schlüsselfaktor für den Wohlstand Europas“ und begrüßen die Absicht der Kommission, die Entwicklung eines horizontalen Rahmens für den Datenzugang und die Datennutzung durch den privaten sowie den öffentlichen Sektor in der EU auszuloten. Die Kommission wird aufgefordert, konkrete Vorschläge zur Daten-Governance vorzulegen. Mit Blick auf die Künstliche Intelligenz (KI) wird die Kommission gebeten, Vorschläge für einen risikobasierten, verhältnismäßigen und erforderlichenfalls regulatorischen Ansatz für KI zu unterbreiten. Schließlich betont der Rat die Cybersicherheit als Schlüsselkomponente für den digitalen Binnenmarkt und befasst sich mit den Themen 5G und Netzanbindung.

<https://www.consilium.europa.eu/media/44389/st08711-en20.pdf>

Kommission; Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2020

Die Kommission hat am 11.06.2020 die Ergebnisse des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (sog. DESI-Index) für 2020 bekannt gegeben. DEU steht nach dem DESI-Index 2020 unter den 27 Mitgliedstaaten und GBR an 12. Stelle. Ausgehend von Daten, die vor der Pandemie erhoben wurden, schneidet DEU in den meisten DESI-Dimensionen gut ab, mit Ausnahme der digitalen öffentlichen Dienste, wo es den 21. Rang einnimmt. In der Dimension Konnektivität ist DEU bei der 5G-Bereitschaft mit einem hohen Anteil an Festnetz-Breitbandanschlüssen führend in der EU. Hinsichtlich der VHCN-Abdeckung liegt DEU auf Rang 21 und damit unter dem EU-Durchschnitt. In der Dimension Humankapital steht DEU bei den grundlegenden digitalen Kompetenzen und den grundlegenden Softwarekompetenzen an fünfter Stelle. Deutsche Unternehmen nutzen verstärkt soziale Medien, haben jedoch laut DESI-Index keine Fortschritte bei der Integration der Digitaltechnik erzielt. Bei der Nutzung von Online-Diensten belegt DEU den neunten Platz, da die deutsche Bevölkerung im Internet sehr aktiv ist. Nur 5% der Deutschen haben das Internet noch nie genutzt, und 84% kaufen online ein. Bei der Inanspruchnahme von e-Government-Diensten belegt DEU mit einer Quote von nur 49% den 26. Platz. In diesem Bereich liegt, so die Kommission, die größte digitale Herausforderung für DEU.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi>

F o r s c h u n g

Kommission; Wissenschaft; Daten zur Karriere von Hochschulabsolventen

Zwei Berichte, die von der Generaldirektion Bildung der Kommission am 05.06.2020 veröffentlicht wurden, liefern neue Erkenntnisse über die Karrieren von Absolventen im EWR. Männliche Absolventen haben tendenziell eher unbefristete Verträge als Absolventinnen (der Unterschied liegt zwischen 1% in Norwegen und 21% in DEU). Unbefristete Verträge erhält demnach eher, wer ein Studium der Wirtschafts-, Verwaltungs- und Rechtswissenschaften oder in technischen Disziplinen abgeschlossen hat. Auch der Stundenlohn ist bei Hochschulabsolventen deutlich höher als bei Absolventinnen: die Abweichung reicht von 10% in DEU und Norwegen bis zu 50% in LIT. Die beiden Berichte zeigen ferner Schlüsselfaktoren zur Verbesserung der Studienergebnisse von Absolventen auf. Auslandserfahrung während eines Studienaufenthaltes erhöhe das Niveau der Problemlösungskompetenz. Eine „aktivierende Lernumgebung“, in der Vorlesungen durch problem- und arbeitsbasiertes Lernen ergänzt werden, Sorge für eine bessere Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Studienbezogene Arbeitserfahrung als Teil des Lehrplans verringere das Risiko, arbeitslos zu sein oder einen weniger qualifizierten Arbeitsplatz zu haben, um fast die Hälfte.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200605-piloterhebung-zur-karriere-von-hochschulabsolventen_de

Kommission; Verordnungen im MFR

Am 29.05.2020 hat die Kommission einen Verordnungsentwurf zum Plan „Next-Generation EU“ veröffentlicht, aus dem die Regularien für den Einsatz von Mitteln aus dem Plan im Rahmen von Horizont Europa festgelegt werden (COM(2020) 459 final). Klargestellt wird in dem Verordnungsentwurf, dass prinzipiell die für das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa zusätzlich zugewiesenen Mittel aus dem Programm „Next Generation EU“ den gleichen Regularien unterliegen sollen wie die anderen Elemente des Forschungsrahmenprogramms. Wie der Vorschlag „Next Generation EU“ im Forschungsbereich konkret eingesetzt wird und für welche Förderlinien, müssen nun weitere erwartete Informationen seitens der KOM und die weiteren Beratungen zeigen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1592561094850&uri=CELEX:52020PC0459>

Kommission; Projekte zur Stärkung der Cybersicherheit in der EU

Am 15.06.2020 hat die Kommission verkündet, dass im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 mehrere innovative Projekte zum Schutz kritischer Infrastrukturen vor Cyberbedrohungen mit mehr als 38 Mio. EUR unterstützt werden. Die Sicherung von Netz- und Informationssystemen und die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit des Cyberspace seien der Schlüssel zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas, erklärte Industriekommissar Thierry Breton. Drei Projekte (namens [SAFETY4RAILS](#), [7SHIELD](#) und [ENSURESEC](#)) sollen die Prävention, Erkennung, Reaktion und Eindämmung von physischen und Cyber-Bedrohungen für U-Bahn- und Eisenbahnnetze, Raumfahrtinfrastrukturen und Satelliten sowie E-Commerce und Lieferdienste verbessern. Zwei weitere Projekte ([IMPETUS](#) und [S4ALLCITIES](#)) zielen darauf ab, die Widerstandsfähigkeit der Infrastrukturen und Dienste von Städten zu verbessern und die Bürgerinnen und Bürger bei Sicherheitsvorfällen im öffentlichen Raum zu schützen. Am Projekt IMPETUS ist insbesondere auch die TU Darmstadt beteiligt. Das Verkehrsmanagement-Projekt IMPETUS beschäftigt sich mit der Analyse der Anforderungen an das zukünftige Informationsmanagement für die sichere und effiziente Integration unbemannter Systeme in den unteren Luftraum (niedriger als 150 m). Dazu werden technologisch und wirtschaftliche realisierbare Dienste für die Flugvorbereitung und -durchführung erarbeitet und experimentell umgesetzt. IMPETUS untersucht Info-Dienste, die den Bedürfnisse der Luftraumnutzer in allen Phasen des Betriebslebenszyklus entsprechen und eine automatisierte Gestaltung des unbemannten Luftverkehrs unterstützen, so etwa die Datenbereitstellung (bspw. Wetter, aeronautische Informationen, Risikobeurteilung, Trajektorienauswertung usw.) unmittelbar vor, während und nach dem Flug, bis hin zur systemweiten Betrachtung und Steuerung des Luftverkehrsaufkommens.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200615-projekte-cybersicherheit_de

Kommission; Regeln für den Forschungsbereich im Corona Recovery Fund

Am 29.05.2020 hat die Kommission ein Dokument im Rahmen ihres Wiederankurbelungs-Plans veröffentlicht, aus dem die Regularien für den Einsatz von Mitteln aus dem Plan im Rahmen von Horizont Europa festgelegt werden. Das Dokument liegt in Form einer Änderungs-Verordnung vor. Klargestellt wird in dem Dokument, dass die für das EU-Forschungsrahmenprogramm zusätzlich zugewiesenen Mittel aus dem Recovery Fund den gleichen Regularien unterliegen sollen, wie die anderen Elemente des Forschungsrahmenprogramms. Horizont

Europa soll im Rahmen des neuen Kommissionsvorschlags zum MFR zusätzliche 13,5 Mrd. EUR erhalten. Die zusätzlichen Mittel sind auch für Forschungszwecke im Kontext von COVID-19 vorgesehen und stehen für innovative Gesundheits- und Klimaforschung zur Verfügung. In der Struktur von Horizon Europe sind dies vorrangig die Cluster "Gesundheit", "Digital, Industrie und Raumfahrt" und "Klima, Energie und Mobilität" sowie der Europäischen Innovationsrat (EIC).

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/docs_autres_institutions/commission_europeenne/com/2020/0459/COM_COM\(2020\)0459_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/docs_autres_institutions/commission_europeenne/com/2020/0459/COM_COM(2020)0459_EN.pdf)

Finanzdienstleistungen

EBA; Kapitalisierung vor Corona besser als vor früheren Krisen

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichte am 08.06.2020 die siebte EU-weite Transparenzübung. Die Daten bestätigen, dass der EU-Bankensektor mit einer soliden Kapitalposition und einer verbesserten Qualität der Vermögenswerte in die Krise gegangen ist, zeigen aber auch die erhebliche Streuung zwischen den Banken. Verglichen mit der globalen Finanzkrise 2008-2009 verfügen die Banken nun über größere Kapital- und Liquiditätspuffer. Der gewichtete EU-Durchschnitt der harten Kapitalquote (CET1) lag im vierten Quartal 2019 bei 14,8%, rund 40 Basispunkte höher als im dritten Quartal. Im Dezember 2019 meldeten 75% der Banken eine CET1-Kapitalquote von über 13,4% und alle Banken meldeten eine Quote von über 11%, was deutlich über den regulatorischen Anforderungen liegt. Die in der EU gewichtete voll ausgelastete Leverage Ratio lag im Dezember 2019 bei 5,5% und stieg damit im Vergleich zum Vorquartal um 30 Basispunkte an, was auf steigendes Kapital und sinkende Engagements zurückzuführen ist. Die Qualität der Aktiva der EU-Banken hat sich in den letzten Jahren tendenziell verbessert. Ab dem vierten Quartal 2019 sank die gewichtete durchschnittliche Quote notleidender Kredite (NPL) in der EU auf 2,7%, 20 Basispunkte niedriger als im dritten Quartal. Die EU-weite Stresstestübung verschob die EBA auf 2021, damit sich die Banken auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und die Kontinuität ihrer Geschäftstätigkeit, einschließlich der Unterstützung ihrer Kunden, sicherstellen können.

<https://eba.europa.eu/risk-analysis-and-data/eu-wide-transparency-exercise>

Kommission; Expertengruppe schlägt diverse Maßnahmen zur Vollendung der EU-Kapitalmarktunion vor

Am 10.06.2020 hat ein von der Kommission eingesetztes Hochrangiges Forum seinen Abschlussbericht über die EU-Kapitalmarktunion veröffentlicht. Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen, um die Kapitalmärkte der EU weiterzuentwickeln. Eine vertiefte Kapitalmarktunion – so der Bericht – kann bei der Erholung der EU von der COVID-19-Pandemie eine wichtige Rolle spielen, indem neue Finanzierungsquellen für Unternehmen und Investitionsmöglichkeiten für die Europäer geschaffen werden. Dadurch können die dringend benötigten langfristigen Investitionen in neue Technologien und Infrastrukturen angegangen werden, um den Europäischen Grünen Deal und die Digitalisierung voranzutreiben. Die Experten empfehlen 17 ineinandergreifende konkrete Maßnahmen, um die größten Hindernisse an den Kapitalmärkten der EU zu beseitigen. Schwerpunkte der Analyse sind Verbesserungen bei den Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen, Effizienzsteigerungen bei der Marktinfrastruktur, eine Stärkung von Privatkundeninvestitionen und der Abbau von Hindernissen für grenzüberschreitende Investments.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business_economy_EUR/growth_and_investment/documents/200610-cmu-high-level-forum-final-report_en.pdf

Kommission; Konsultation zu Regeln zur Aufsicht von Derivate-Clearingstellen aus Drittstaaten

Die Kommission hat am 11.06.2020 eine vierwöchige öffentliche Konsultation zu den EU-Regeln für die Beaufsichtigung von zentralen Gegenparteien (Central Counterparties, CCPs) aus Nicht-EU-Ländern, die Dienstleistungen für EU-Unternehmen erbringen, eingeleitet. Die Konsultation besteht aus drei Entwürfen delegierter Rechtsakte. Sie legen fest, wie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) CCPs außerhalb der EU beaufsichtigen kann. Dies geschieht je nach dem Grad des systemischen Risikos, das sie für das Finanzsystem der EU oder für einen ihrer Mitgliedstaaten darstellen. Ziel der Konsultation ist es, zu präzisieren, wie die EU-Vorschriften zum Schutz der Finanzstabilität auf diese CCPs angewandt werden sollen. Die Kommission wird das Feedback prüfen, bevor sie mit der Annahme der drei delegierten Rechtsakte fortfährt und diese dem EP und dem Rat zur Prüfung übermittelt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200611-derivate-clearingstellen-aus-drittstaaten_de

Kommission; Befragung der Öffentlichkeit zu EU-Standards für grüne Anleihen

Am 12.06.2020 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation. Hintergrund dessen ist, dass die Kommission einen EU-weit einheitlichen Standard für grüne Anleihen schaffen will. Die Einreichung von Beiträgen ist bis zum 02.10.2020 möglich. Die Konsultation baut auf der Arbeit der Technischen Expertengruppe der Kommission für nachhaltige Finanzen (TEG) auf und konzentriert sich auf den Mehrwert eines offiziellen EU-Green-Bond-Standards. Es geht darum, zu erfahren, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Entstehung eines großen, hochwertigen Markts für grüne Anleihen beitragen können. Da der EUR bereits die Hauptwährung für die Emission von grünen Anleihen weltweit ist, könnte eine europäische Norm auch die internationale Rolle des EUR stärken und dazu beitragen, die EU als globale Drehscheibe für grüne Finanzen zu konsolidieren.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200612-konsultation-gruene-anleihen_de

ESMA; Veröffentlichung des Jahresberichts 2019 und des veränderten Jahresarbeitsprogramms 2020

Am 15.06.2020 veröffentlichte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) ihren Jahresbericht, in dem die Errungenschaften im Jahr 2019 im Hinblick auf ihren Auftrag zur Verbesserung des Anlegerschutzes und zur Förderung stabiler und geordneter Finanzmärkte in der EU untersucht werden. Zusätzlich dazu hat die ESMA auch das revidierte Jahresarbeitsprogramm 2020 veröffentlicht, in dem die Arbeit und die Ergebnisse im Lichte der verschiedenen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise ergriffen wurden, neu gewichtet werden. Im Jahr 2019 setzte die ESMA das Einheitliche Regelwerk der EU um und unterstützte die Entwicklung der Kapitalmarktunion und die des nachhaltigen Finanzwesens. Darüber hinaus entwickelte die ESMA das Rahmenwerk zur Stresssimulation für Investmentfonds und erstellte Meilensteinberichte über Kosten und bisherige Performance von Anlageprodukten für Kleinanleger. Ferner überwachte die Behörde mögliche Risiken im Zusammenhang mit dem Brexit und reagierte darauf. Im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie hat die ESMA sorgfältig kalibrierte regulatorische Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass die Märkte stabil bleiben und die Anleger geschützt werden.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-publishes-2019-annual-report-and-updates-2020-annual-work-programme-3>

EZB; Internationale Rolle des EUR im Jahr 2019 weitgehend stabil

Der von der Europäischen Zentralbank (EZB) am 09.06.2020 veröffentlichte Jahresbericht über die internationale Rolle des EUR gibt einen Überblick über die Entwicklungen bei der Verwendung des EUR außerhalb des Euroraums im Jahr 2019. Insgesamt blieb die internationale Rolle des EUR im Jahr 2019 weitgehend stabil, so dass sich der EUR unangefochten als die am zweithäufigsten genutzte Währung nach dem US-Dollar behaupten konnte. Der Anteil des EUR an ausstehenden internationalen Krediten war Ende 2019 leicht höher als im Jahr davor. Hingegen ging der Anteil des EUR an den internationalen Schuldverschreibungen zurück. Der weltweite Anteil des EUR an Devisenreserven und bestehenden Einlagen blieb im Großen und Ganzen stabil. Gleiches gilt für die Verwendung des EUR als Fakturierungswährung für Transaktionen im Güterhandel mit Ländern außerhalb des EUR-Währungsgebiets und für den Umlauf an EUR-Banknoten in Drittländern.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/ire/html/ecb.ire202006~81495c263a.en.html#toc1>

Rat; Beratung über den Wiederaufbauplan und die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters

Am 09.06.2020 tagte der Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) und beriet über den Wiederaufbauplan für Europa zusammen mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) sowie über die Schlussfolgerungen des Rates zu den länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2020. Hinsichtlich des Wiederaufbauplans wurde betont, wie wichtig es sei, Mittel einzusetzen, um eine nachhaltige Erholung sicherzustellen und gemeinsame politische Ziele wie den Übergang zu einer digitalen und grünen Wirtschaft zu erreichen. Erörtert wurden auch der Zusammenhang zwischen dem Europäischen Semester und dem Aufbauplan sowie die Bewertung des nationalen Investitions- und Reformbedarfs. Dabei wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die größtmögliche Wirkung zu erzielen, den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten und Überschneidungen zu vermeiden. Ferner zogen die Finanzminister Bilanz über die Vorbereitungen der länderspezifischen Empfehlungen für das diesjährige Europäische Semester und betonten, dass sich die diesjährigen Empfehlungen aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf fünf große Prioritätsbereiche fokussieren: Investitionen in die Gesundheitssysteme, Erhaltung der Beschäftigung und Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Krise, Forschung und Entwicklung, die Sicherstellung der Liquiditätsversorgung und der Stabilität des Finanzsektors sowie die Erhaltung des Binnenmarktes und des Waren- und Dienstleistungsverkehrs.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2020/06/09/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+economics+and+finance+ministers

Kommission; Konvergenzberichte 2020 über die Fortschritte von Mitgliedstaaten auf dem Weg zum EUR-Beitritt

In den am 10.06.2020 von der Kommission und parallel von der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlichten Konvergenzberichten wurden die Fortschritte der einzelnen Mitgliedstaaten (MS) in Richtung ihres Beitritts zum EUR-Währungsgebiet bewertet. Die Berichte befassen sich mit BUL, der CZR, KRO, HUN, POL, ROM und SWE. Sie kommen beide übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die sieben genannten EU-MS bei der Erfüllung der Kriterien für die Einführung des EUR Fortschritte erzielt haben. Einige Länder haben sogar große Fortschritte erzielt. Gleichwohl müssen auch diese Länder noch mehrere Etappenziele bewältigen, bevor sie dem EUR-Währungsgebiet beitreten können. Ein wichtiger Meilenstein auf diesem

Weg ist der Beitritt zum Wechselkursmechanismus II (WKM II), den KRO und BUL derzeit vorbereiten.

https://ec.europa.eu/info/publications/convergence-report-2020_en

Soziales

EIOPA; EU-Aufsichtsbehörde startet Konsultation zum Wertschöpfungspotenzial der Digitalisierung im Versicherungswesen

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) hat eine Konsultation zur Wertschöpfungskette im (Rück-) Versicherungswesen gestartet. Ziel ist es, das aus der Digitalisierung erwachsende Potenzial für neue Geschäftsmodelle zu erfassen. Die Ergebnisse möchte die EIOPA im Dialog mit den Aufsichtsbehörden und Unternehmen aufgreifen, um diese im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen zu unterstützen. Die Rückmeldefrist ist der 07.09.2020.

<https://www.eiopa.europa.eu/content/eiopa-consults-reinsurance-value-chain-and-new-business-models-arising-digitalisation>

FRA; EU-Grundrechtebericht veröffentlicht: Armutsgefährdung von Kindern leicht verbessert

Die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) hat am 11.06.2020 ihren Grundrechtebericht 2020 veröffentlicht. Hierin wird festgestellt, dass die entsprechende EU-Charta auf europäischer Ebene zu einem kulturellen Wandel des Themas beigetragen habe. Trotz der nun 10-jährigen Rechtsverbindlichkeit sei sie auf nationaler Ebene jedoch relativ unbekannt und würde dort nur in begrenztem Umfang genutzt. Inhaltlich widmet sich der Bericht auch dem Bereich Armutsgefährdung von Kindern. Trotz einer leichten Besserung war EU-weit jeden vierte Kind armutsgefährdet. In Haushalten von Alleinerziehenden sogar jedes vierte. Zur Bekämpfung empfiehlt sie ein Tätigwerden der Kommission. Diese plant im 4. Quartal eine neue Strategie zur Umsetzung der Charta vorzustellen und strebt die Einrichtung einer Kindergarantie im Rahmen ihres Aktionsplans zur Vollendung der Europäischen Säule sozialer Rechte an, der Anfang 2021 vorgestellt werden soll.

<https://fra.europa.eu/en/publication/2020/fundamental-rights-report-2020>

Kommission; EU startet Konsultation zur Vollendung der Europäischen Säule sozialer Rechte

Die Kommission hat eine Konsultation zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) gestartet. Bis 30.11.2020 können die Sozialpartner ihre Positionen und Schwerpunkt wünsche für den europäischen Aktionsplan zur Umsetzung der ESSR einbringen. Bei der 2017 ins Leben gerufenen ESSR handelt es sich um eine Initiative zur Stärkung der sozialen Dimension in den drei Säulen Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, Faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion. Kommissionspräsidentin von der Leyen hatte in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament bereits erklärt, dass sie zur Vollendung der ESSR insbesondere Verbesserungen in den Bereichen faire Arbeitsbedingungen (Mindestlohn und Plattformarbeit), die Stärkung von Kinder und Jugendlichen zur Armutsprävention und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf anstrebt.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/8257efae-81ed-bee9-ccab-e143deae5ea2>

Kommission; Verordnungsvorschlag Europäischer Sozialfonds

Mit den neuen Vorschlägen für den Mehrjährigen Finanzrahmen hat die Kommission Ende Mai auch einen aktualisierten Vorschlag für den Europäischen Sozialfonds + vorgelegt. Maßgebliche Änderungen sind die Erhöhung der Jugendquotierung von 15 auf 15%, eine Adressierung von 5% der Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut, die Einführung eines Mechanismus für künftige Krisen sowie die Herausnahme des Bereiches Gesundheit in eine separate Förderstruktur.

<https://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=67&langId=de&newsId=9691>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Verordnungsvorschlag EU-Gesundheitsprogramm

Die Kommission hat Ende Mai ein eigenständiges Gesundheitsprogramm vorgeschlagen und dessen Budget erheblich auf 9,4 Mrd. EUR für den Zeitraum von 2021-2027 aufgestockt. Ziel von EU4Health soll die Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren, die Zugänglichkeit von Arzneimitteln sowie die Stärkung der Gesundheitssysteme sein.

https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/funding/docs/eu4health_factsheet_en.pdf

EuGH; randalierender Fluggast kann „außergewöhnlicher Umstand“ darstellen

Der EuGH entschied am 11.06.2020, dass das störende Verhalten eines Fluggastes einen „außergewöhnlichen Umstand“ darstellen kann, der das Luftfahrtunternehmen von seiner Verpflichtung zu Ausgleichszahlungen wegen der Annullierung oder großen Verspätung des betreffenden Fluges oder eines nachfolgenden Fluges befreien kann. Das Luftfahrtunternehmen habe jedoch als zumutbare Maßnahmen, die es zur Befreiung von seiner Verpflichtung zu Ausgleichszahlungen ergreifen muss, die frühestmögliche anderweitige Beförderung der Fluggäste durch andere direkte oder indirekte Flüge zu gewährleisten, die gegebenenfalls von anderen Luftfahrtunternehmen durchgeführt werden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-06/cp200068de.pdf>

OSHA; EU- Agentur für Sicherheit am Arbeitsplatz veröffentlicht Report zu Prävention von Störungen des Bewegungsapparates

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (OSHA) hat einen Report zum Thema „Störungen des Bewegungsapparates“ veröffentlicht. Unter dem Titel von der Forschung in die Praxis werden politische Initiativen und betriebliche Umsetzungsmaßnahmen untersucht und ausgewertet. Berufsbedingte Störungen des Bewegungsapparates stellen den Schwerpunkt der jährlichen Europäischen Woche für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, die dieses Jahr im Oktober (KW43) stattfindet.

<https://osha.europa.eu/en/publications/work-related-musculoskeletal-disorders-research-practice-what-can-be-learnt/view>

Kommission; Gesundheitsagentur startet Erarbeitung von EU-Rahmen für die Zeit nach der Pandemie

Die europäische Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel hat ihr Expertengremium mit der Erarbeitung von Vorschlägen für einen europäischen Rahmen im Bereich Gesundheit und Pflege für die Zeit nach der Pandemie beauftragt. Ziel ist es, Lösungen für die gemeinsamen Herausforderungen zu finden, die sich in den unterschiedlichen Gesundheitssystemen der Mitgliedstaaten anwenden lassen.

Im Fokus sollen dabei jene Strukturen und Prozesse stehen, welche die Robustheit der Gesundheitseinrichtungen und ihre Zugänglichkeit für besonders gefährdete Gruppe stärken. Die Vorschläge sollen im November 2020 vorgelegt werden.

https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/expert_panel/docs/mandate_careorganisation_en.pdf

U m w e l t

EuRH; Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen geht trotz GAP zurück

Am 05.06.2020 stellte der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen Sonderbericht zur Biodiversität auf landwirtschaftlichen Nutzflächen vor. Die EU hatte sich verpflichtet, dem Verlust an Biodiversität bis 2020 Einhalt zu gebieten. Dieses Ziel wurde verfehlt. Der EuRH stellte fest, dass Bestand und Vielfalt der Arten auf landwirtschaftlich genutzten Flächen seit vielen Jahren rückläufig seien und die gemeinsame Agrarpolitik daran nichts geändert habe. Der Rechnungshof bemängelt, dass die Formulierung der Agrarziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2020 die Messung der Fortschritte erschwert, dass die Art und Weise, wie die Kommission die Ausgaben für biologische Vielfalt im EU-Haushalt verfolgt, unzuverlässig ist und dass die Auswirkungen der GAP-Direktzahlungen begrenzt oder unbekannt sind. Die Wirkung der Maßnahmen werde durch die Kommission häufig überschätzt. Einige GAP-Regelungen hätten größeres Potenzial, die biologische Vielfalt zu verbessern, doch hatten Kommission und Mitgliedstaaten Maßnahmen mit geringeren Auswirkungen bevorzugt. Der EuRH empfiehlt der Kommission, die Ausgaben im Zusammenhang mit der Biodiversität genauer zu verfolgen und zuverlässige Indikatoren zu entwickeln, die sich für die Überwachung der Fortschritte bei der Biodiversität von Agrarland eignen.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=53892>

EUA, Kommission; EU-Badegewässer: 85% der europäischen Badestellen von ausgezeichnete Qualität

Die Europäische Umweltagentur (EUA) und die Kommission veröffentlichten am 08.06.2020 den Bericht über die Qualität der europäischen Badegewässer im Jahr 2019. Europaweit haben knapp über 85% der Badestellen, die Anforderungen für ausgezeichnete Wasserqualität erfüllt. Fast alle Badestellen erfüllten die Mindestqualitätsanforderungen. Von knapp 2.300 untersuchten Badegewässern in DEU haben 2.120 eine ausgezeichnete Qualität, das sind 92,5%. 103 Badestellen haben eine gute Qualität, 27 eine ausreichende Qualität, nur acht Badestellen werden als mangelhaft eingestuft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_999

Kommission; Konsultation zum Fahrplan für die Überprüfung der EU Verpackungsvorschriften

Im Rahmen der Strategie für eine Kreislaufwirtschaft wird die Europäische Kommission die Anforderungen an Verpackungen und Verpackungsabfälle in der EU überprüfen. Hierzu hat sie am 11.06.2020 einen Fahrplan vorgelegt und lädt zu Stellungnahmen ein. Ziel ist es, die Abfallmenge zu reduzieren und Waren so weit wie möglich wiederzuverwenden und zu recyceln. Die Kommission wird auch prüfen, wie das Verpackungsdesign verbessert werden kann, um Wiederverwendung und Recycling zu fördern, wie der Anteil recycelter Materialien in Verpackungen erhöht und wie übermäßiger Verpackungsmüll reduziert werden kann. Stellungnahmen zum Fahrplan sind im Rahmen einer strukturierten Befragung bis zum 06.08.2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12263-Review-of-the-requirements-for-packaging-and-feasibility-of-measures-to-prevent-packaging-waste>

Landwirtschaft

Rat; Austausch der Landwirtschaftsminister zu neuen EU Strategien zu Biodiversität und „Vom Hof auf den Tisch“

Unter Teilnahme von Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski und Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides führten die Landwirtschaftsminister in einer informellen Videokonferenz am 08.06.2020 einen Gedankenaustausch über die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und über die Biodiversitätsstrategie, die am 20.05.2020 von der Kommission vorgestellt wurden. Beide Strategien gelten als zentral für den Europäischen Grünen Deal und sollen in die Gemeinsame Agrarpolitik integriert werden. Die Minister begrüßten beide Strategien und das Bestreben, die Rolle der Landwirte in der Lieferkette zu stärken. Sie betonten, dass die ehrgeizigen Ziele der Strategien mit einem ehrgeizigen Haushalt einhergehen müssen. Viele Delegationen äußerten Bedenken, dass unzureichende Mittel das wirtschaftliche Überleben der Landwirte in der EU gefährden könnten. Insbesondere fürchten sie, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirte beeinträchtigt werden könnte. Unterschiedliche Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten müssten zudem berücksichtigt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2020/06/08/>

Kommission; Konsultation zur Bewertung der Nutzung von Klärschlamm in der Landwirtschaft

Am 16.06.2020 öffnete die Kommission die Frist für Rückmeldungen zum Fahrplan zur Bewertung der Nutzung von Klärschlamm in der Landwirtschaft. Die EU-Vorschriften sollen sicherstellen, dass die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft der Umwelt, den Tieren und dem Menschen nicht schadet. Die vor 30 Jahren angenommene Richtlinie wird den aktuellen Bedürfnissen und Erwartungen nicht mehr gerecht, beispielsweise in Bezug auf die ordnungsgemäße Regelung von in Schlamm enthaltenen Schadstoffen wie Arzneimittel und Mikroplastik. Im Rahmen dieser Initiative wird bewertet, wie wirksam die Richtlinie war, und untersucht, welche Risiken und Chancen im Zusammenhang mit der Klärschlammbewirtschaftung in der Landwirtschaft bestehen. Rückmeldungen sind bis zum 25.08.2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12328-Evaluation-of-the-Sewage-Sludge-Directive-86-278-EEC->

Justiz

EuGH; Urteil zum Widerruf eines Darlehensvertrages

Der EuGH hat am 04.06.2020 in der Rechtssache C-301/18 (Leonhard) entschieden, dass bei einem Widerruf eines im Fernabsatz geschlossenen Darlehensvertrags ein Verbraucher, der sein Widerrufsrecht ausübt, von dem Kreditinstitut die Erstattung der zur Erfüllung des Vertrags gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge verlangen kann, nicht aber Nutzungersatz auf diese Beträge. Mit seinem Urteil antwortet der EuGH dem die Rechtsfrage vorlegenden Landgericht Bonn wie folgt: Art. 7 Abs. 4 der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher ist dahin auszulegen,

dass ein Verbraucher, der sein Widerrufsrecht in Bezug auf einen im Fernabsatz mit einem Anbieter geschlossenen Darlehensvertrag ausübt, von dem Anbieter vorbehaltlich der Beträge, die er selbst unter den in Art. 7 Abs. 1 und 3 dieser Richtlinie genannten Bedingungen an ihn zahlen muss, die Erstattung der zur Erfüllung des Vertrags gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge verlangen kann, nicht aber Nutzungersatz auf diese Beträge. Zahle der Verbraucher zur Erfüllung des Darlehensvertrags das Darlehenskapital zuzüglich Zinsen an den Anbieter, müsse dieser im Fall des Widerrufs dem Verbraucher sowohl die Tilgungsbeträge als auch die Darlehenszinsen erstatten. Die Richtlinie, die grundsätzlich eine Vollharmonisierung der von ihr geregelten Aspekte bewirke, sehe hingegen nicht vor, dass der Anbieter, wenn der Verbraucher den mit ihm geschlossenen Vertrag widerrufe, verpflichtet wäre, über die Erstattung der vom Verbraucher gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge hinaus auch Nutzungersatz auf die im Rahmen der Vertragserfüllung erhaltenen Beträge an den Verbraucher zu leisten.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?oqp=&for=&mat=or&jge=&td=%3BALL&jur=C%2CT%2CF&num=C-301%252F18&page=1&dates=&pcs=Oor&lg=&pro=&nat=or&cit=none%252CC%252CCJ%252CR%252C2008E%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252Ctrue%252Cfalse%252Cfalse&language=de&avg=&cid=4626987>

EuGH; Haftpflicht für Medizinprodukte

Der EuGH hat am 11.06.2020 in der Rechtssache C-581/18 (RB / TÜV Rheinland LGA Products GmbH und Allianz IARD S. A.) entschieden, dass das allgemeine Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit nicht geltend gemacht werden kann, um eine Klausel anzufechten, die in einem zwischen einem Hersteller von Medizinprodukten und einer Versicherungsgesellschaft geschlossenen Vertrag die Deckung der Haftpflichtversicherung territorial beschränkt. Der EuGH hat darauf hingewiesen, dass es zum einen im sekundären Unionsrecht keine Bestimmung gibt, die einen Hersteller von Medizinprodukten dazu verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung zur Deckung von Risiken abzuschließen, die mit Medizinprodukten verbunden sind, oder die eine solche Versicherung regelt. Zum anderen seien weder die Freiheiten der Freizügigkeit, des Dienstleistungsverkehrs oder des Warenverkehrs betroffen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=227294&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4663329>

EuGH; Schlussanträge – Geldbuße für Generika-Kartell

Generalanwältin Kokott hat am 04.06.2020 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-591/1 P (Lundbeck / Kommission) vorgelegt. Sie schlägt dem Gerichtshof vor, die Geldbuße von fast 94 Mio. EUR zu bestätigen, die gegen den Pharmakonzern Lundbeck verhängt wurde. In 2013 verhängte die Kommission eine Geldbuße in Höhe von fast 94 Mio. EUR gegen den dänischen Pharmakonzern Lundbeck, der ein Antidepressivum entwickelt hatte, das den Wirkstoff Citalopram enthält. Lundbeck war Inhaber von Patenten zum Schutz dieses Wirkstoffs und Inhaber von Sekundärpatenten, die bestimmte Herstellungsverfahren dieses Wirkstoffs im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) schützten. Als die Patente zum Schutz des Wirkstoffs ausliefen, leistete Lundbeck nach Ansicht der Kommission im Jahr 2002 an vier Generikahersteller (Generics UK, Alpharma, Arrow und Ranbaxy) Zahlungen als Gegenleistung für deren Zusage, von einem Markteintritt abzusehen. Zum ersten Mal wendet die Kommission das europäische Kartellverbot auf Vereinbarungen zur gütlichen Beilegung von Patentrechtsstreitigkeiten an, die zwischen einem Pharmaunternehmen, das Inhaber von Patenten ist, und Generikaherstellern geschlossen werden. Nach Ansicht der Kommission sind solche Vereinbarungen nicht

per se rechtswidrig. Vielmehr können sie als Mittel zur Einsparung von Ressourcen und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sogar im öffentlichen Interesse liegen. Derartige Vereinbarungen würden jedoch dann problematisch, wenn sie mit den Regeln des Wettbewerbsrechts in Konflikt gerieten. Dies sei der Fall, wenn sie in Wirklichkeit nicht auf die Lösung eines Patentstreits abzielten, sondern darauf, den Markteintritt potenzieller Wettbewerber zu verhindern oder zu verzögern. Nach Auffassung der Kommission war aber gerade dies bei den Vereinbarungen der Fall, die Lundbeck und die betroffenen Generikahersteller im vorliegenden Fall geschlossen hatten.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=226985&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4626987>

In n e r e s

Rat; informelle Videokonferenz der EU-Innenminister

Am 05.06.2020 tauschten sich die EU-Innenminister im Rahmen einer informellen Videokonferenz über die Kontrollen an den Binnengrenzen infolge der Covid-19-Pandemie und ihre Auswirkungen auf den freien Personenverkehr aus. Die meisten Mitgliedstaaten (MS) kündigten an, die Kontrollen an ihren Grenzen spätestens bis Ende Juni 2020 aufheben zu wollen. Einigkeit bestand hinsichtlich des Erfordernisses eines koordinierten Vorgehens. Auch die Einreisebeschränkungen für Drittstaatsangehörige wurden in diesem Zusammenhang besprochen, diese könnten ab Juli schrittweise gelockert werden. Darüber hinaus waren auch ein Bericht des kroatischen Ratsvorsitzes über die Videokonferenz der Justiz- und Innenminister der USA und der EU am 28.05.2020, der Bericht MTAs über die aktuelle Lage auf der zentralen Mittelmeerroute und die Vorstellung des Programms für die deutsche Ratspräsidentschaft im Innenbereich Gegenstand der Konferenz.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=321>

Rat; Schlussfolgerungen zur Zusammenarbeit mit Westbalkan-Partnern

Der Rat nahm am 05.06.2020 Schlussfolgerungen zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit Partnern im Westbalkan im Bereich Migration und Sicherheit an. Darin wird zu einer kontinuierlichen Unterstützung der Länder des westlichen Balkans bei der Erreichung einer effizienteren Migrationspolitik und effizienterem Grenzmanagement unter Stärkung der Zusammenarbeit bei Rückübernahmen und Rückführungen, bei der wirksamen Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus sowie bei der Verbesserung des Vorgehens gegen die Verbreitung von Desinformation und der Reaktion auf hybride Bedrohungen aufgerufen. Die operative Zusammenarbeit zwischen der EU und den Westbalkan-Staaten solle ausgebaut werden, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch und Zusammenarbeit mit den EU-Agenturen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8622-2020-INIT/de/pdf>

Europol; Zentrum für Finanz- und Wirtschaftskriminalität eingerichtet

Am 05.06.2020 wurde bei Europol das Europäische Zentrum für Finanz- und Wirtschaftskriminalität (European Financial and Economic Crime Centre, EFEC) eröffnet, das die operative Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskriminalität verstärken soll. Hierzu zählt auch die systematische Förderung der Einziehung von Vermögenswerten, um insbesondere der organisierten Kriminalität nachhaltig den Boden zu entziehen. Dazu werde das Zentrum zunächst mit 65 internationalen Experten und Analysten besetzt. Zuvor waren

bei Europol bereits Zentren zur Bekämpfung von Cyberkriminalität, Terrorismus, Menschenmenschmuggel und schwerer organisierter Kriminalität eingerichtet worden. Ebenfalls am 05.06.2020 veröffentlichte Europol einen Bericht zu den bedeutendsten Erscheinungsformen von Finanz- und Wirtschaftskriminalität, darunter Betrugsdelikte, Produktpiraterie und Geldwäsche.

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/europol-launches-european-financial-and-economic-crime-centre>

[https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/efecc -
enterprising criminals -](https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/efecc-_enterprising_criminals_-_)

[europes fight against the global networks of financial and economic crime .pdf](https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/efecc_-_enterprising_criminals_-_europes_fight_against_the_global_networks_of_financial_and_economic_crime.pdf)

Kommission; rescEU-Luftflotte ausgebaut

Die Kommission gab am 05.06.2020 bekannt, zur Vorbereitung auf Waldbrände in diesem Sommer die Luftflotte des rescEU-Systems auszubauen. So werde der Erwerb von zwei Löschflugzeugen durch SWE finanziert, sodass die die rescEU-Luftflotte nunmehr aus 13 Flugzeugen und sechs Hubschraubern bestehen werde. Ziel der rescEU-Luftflotte ist der Aufbau von Löschkapazitäten in verschiedenen Mitgliedstaaten (bislang KRO, CYP, FRA, GRI, ITL, ESP, SWE), die in Notsituationen als Reserve schnell in anderen Ländern eingesetzt werden können. Die Kommission hatte rescEU 2017 im Rahmen einer Reform des EU-Katastrophenschutzverfahrens vorgeschlagen; die neuen Regelungen traten im März 2019 in Kraft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1005

Frontex; Einsatz von Grundrechte-Beobachtern beschlossen

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gab am 10.06.2020 den Einsatz von Grundrechte-Beobachtern in Zusammenarbeit mit der Agentur der EU für Grundrechte (FRA) bekannt. Die Zusammenarbeit soll sowohl die Ausbildung von Frontex-Bediensteten als auch die Eingliederung der Beobachter in die Tätigkeiten von Frontex umfassen. Die Hauptaufgaben der Beobachter sollen die Sicherstellung der Einhaltung der Grundrechte im Rahmen der Aktivitäten von Frontex, die Überwachung aller Frontex-Operationen und die Ausbildung von Frontex-Einsatzkräften sein. Bis Ende 2020 sollen 40 Grundrechte-Beobachter ausgewählt und ausgebildet werden, die bereits ab 2021 gemeinsam mit den ersten Kräften des neu eingerichteten Standing Corps bei Frontex ihren Dienst aufnehmen sollen.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/frontex-and-fra-agree-to-establish-fundamental-rights-monitors-OBabL6>

Europol; Bericht zu Straftaten gegen das geistige Eigentum vorgestellt

Am 10.06.2020 stellten Europol und das Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) einen Bericht zur Kriminalität gegen das geistige Eigentum und seine Verbindungen zu anderer schwerer Kriminalität, insbesondere die sogenannte Poly-Kriminalität, vor. Straftaten wie Produktpiraterie stellten eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft dar, der es grenzüberschreitend zu begegnen gelte. Dies sei auch durch den Handel mit gefälschten Arzneimitteln und Medizinprodukten während der Covid-19-Pandemie deutlich geworden. Darüber hinaus beständen jedoch auch starke Verbindungen zu vielfältigen anderen kriminellen Aktivitäten wie Geldwäsche, Urkundenfälschung, Cyberkriminalität, Drogenhandel und Terrorismus. Es bedürfe daher im Interesse einer wirksamen Bekämpfung neben weiterer Aufklärung auch eines stärkeren Bewusstseins der bestehenden Zusammenhänge auf Seiten der politischen Entscheidungsträger.

https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/europol-euipo_polycriminality_report_2.pdf

Rat; Schlussfolgerungen zu Finanzermittlungen angenommen

Am 17.06.2020 nahm der Rat Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Finanzermittlungen zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität an. Finanzermittlungen seien zur Prävention und Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus von entscheidender Bedeutung, es bedürfe einer ordnungsgemäßen Umsetzung des Rechtsrahmens, der von Seiten der EU gesetzt worden sei. Die Mitgliedstaaten (MS) sollten daher insbesondere die Umsetzung der Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften zur Erleichterung der Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten vorantreiben und zudem die Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden, zentralen Meldestellen und Ermittlungsgruppen – auch grenzüberschreitend – ausbauen. Auch die Kooperation mit Drittstaaten solle intensiviert werden. Die Kommission solle den bestehenden Rechtsrahmen insbesondere im Bereich der Regelungen zu Einziehungen und Vermögensabschöpfungen stärken. Auch solle die Arbeit der nationalen zentralen Meldestellen verbessert und deren Zusammenarbeit untereinander und mit Europol erleichtert werden. Die Kommission solle ferner die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Europol mit privaten Partnern und die Gründung öffentlich-privater Partnerschaften für Finanzermittlungen prüfen. Der Rat fordert Europol auf, das Potenzial des neu eingerichteten Zentrums für Finanz- und Wirtschaftskriminalität (siehe Bericht in diesem BaB) auszuschöpfen, Vermögensabschöpfungen systematisch zu fördern und mit den Vorarbeiten für eine Kooperationsvereinbarung mit der Europäischen Staatsanwaltschaft zu beginnen. Die Agentur der EU für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) wird aufgefordert, das Aus- und Fortbildungsprogramm für Finanzermittler in Zusammenarbeit mit Europol und anderen relevanten Akteuren weiterzuentwickeln und umzusetzen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8927-2020-INIT/de/pdf>

EuGH; Urteil: Familienangehörige von EU-Bürgern mit Daueraufenthaltskarte sind von Visumpflicht befreit

Mit Urteil vom 18.06.2020 entschied der EuGH, dass Familienangehörige von Unionsbürgern bei der Einreise in Mitgliedstaaten (MS) der EU von der Visumpflicht befreit seien, soweit sie Inhaber einer Daueraufenthaltskarte seien. Diese gelte ferner als Bescheinigung über die Eigenschaft als Familienangehöriger eines Unionsbürgers. Der Entscheidung liegt der Fall eines ukrainischen Fluggastes zu Grunde, der über eine in GBR ausgestellte Daueraufenthaltskarte im Sinne der Richtlinie über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der MS frei zu bewegen und aufzuhalten, verfügte und am Flughafen in Budapest an der Einreise nach HUN gehindert wurde, da er nicht über ein Visum und mithin die angeblich nötigen Reisedokumente verfügte. Der Fluggesellschaft Ryanair wurde zudem ein Bußgeld in Höhe von 3.000 EUR auferlegt, da sie sich nicht hinreichend vergewissert habe, dass der Fluggast über die nötigen Reisedokumente verfügte. Ryanair wandte sich gegen diese Entscheidung und machte insbesondere geltend, dass der Fluggast zur Einreise nach HUN keines Visums bedurft hätte. Mit seinem Urteil bestätigte der EuGH dieses Vorbringen. Der Richtlinie sei zu entnehmen, dass Familienangehörige von Unionsbürgern, die über eine Aufenthaltskarte verfügten, von der Visumpflicht befreit sein sollten, gleich welcher Art die Aufenthaltskarte sei. Ziel der Richtlinie sei es, eine schrittweise Integration der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen in die Gesellschaft des Aufnahmemitgliedstaats zu gewährleisten. Die Befreiung von der Visumpflicht gelte auch unterschiedslos für alle MS, unabhängig davon, ob diese dem Schengen-Raum angehörten oder nicht. Da die MS lediglich den Familienangehörigen von Unionsbürgern Daueraufenthaltskarten ausstellen dürften, bedeute die Inhaberschaft einer solchen Karte, dass der ausstellende MS zuvor zwangsläufig das

Familienverhältnis überprüft habe. Daher sei die Daueraufenthaltskarte zum Nachweis der Eigenschaft als Familienangehöriger eines Unionsbürgers geeignet.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=227563&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5862371>

Bildung und Kultur

Rat; Schlussfolgerungen zur Bewältigung der COVID-19-Krise im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung

Am 16.06.2020 hat der Rat im Wege des schriftlichen Verfahrens Schlussfolgerungen zur Bewältigung der COVID-19-Krise im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung angenommen. Darin machen die Minister deutlich, in welcher beispiellosen Weise die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung durch die COVID-19-Krise weltweit betroffen worden sind. Nicht nur Art und Weise des Lernens und des Lehrens hätten sich verändert, auch auf das Familienleben hätte sich die Krise ausgewirkt. Seit dem Ausbruch der Pandemie hätten die Mitgliedstaaten (MS) und die Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung bedeutende Anstrengungen unternommen, um die Sicherheit und das Wohlergehen der Lernenden und des Personals sowie die Kontinuität des Lernens und Lehrens zu gewährleisten, damit das Recht auf Bildung gewahrt bleibt. Als Notfallmaßnahmen seien u.a. Bildungseinrichtungen weitgehend physisch geschlossen und zugleich alternative Optionen und Unterstützung für das Fernlernen und den Fernunterricht, mobilisiert worden. Dabei habe es eine bemerkenswerte Zusammenarbeit zwischen den MS gegeben. Eine der größten Herausforderungen habe in der Gewährleistung von Inklusion und Chancengleichheit beim Zugang zu Fernunterricht bestanden. Die Erfahrung habe gezeigt, dass es einigen Lernenden sowie Lehrkräften und Auszubildenden und Familien an digitalen Kompetenzen mangelt oder schlicht der Zugang zu Technologie oder Internet fehlt. Die Notwendigkeit einer raschen Anpassung an das neue Arbeitsumfeld habe teilweise zu einer erhöhten Arbeitsbelastung geführt und sich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ausgewirkt. Eine der größten Herausforderungen bestünde nach wie vor in der Frage der Leistungsbeurteilung. Ferner habe sich die Pandemie auch auf Möglichkeiten der Lernmobilität auf europäischer und internationaler Ebene ausgewirkt. Im weiteren Verlauf würden sich – mit der möglichen Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen auf Empfehlung der Gesundheitsbehörden – weitere Fragen stellen, was die Wiedereröffnung von Bildungseinrichtungen sowie von Unternehmen, die arbeitsbasiertes Lernen anbieten, betrifft, so die Minister. Die MS werden daher ersucht, den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen fortzusetzen. Der Rat ersucht die Kommission, unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips, bezüglich der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der auf den verschiedenen Bildungsebenen gewonnenen Erfahrungen Forschung zu betreiben, mit Schwerpunkt auf Fernlernen und Fernunterricht sowie auf den digitalen Kapazitäten der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und die entsprechenden Forschungsergebnisse zu verbreiten.

https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8610-2020-INIT/en/pdf?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Countering+the+COVID-19+crisis+in+education+and+training%3a+Council+adopts+conclusions

Kommission; Öffentliche Konsultation zum Aktionsplan für digitale Bildung

Um von den Erfahrungen, die die Mitgliedstaaten aufgrund der COVID-19-Pandemie mit Fern- und Onlineunterricht im Bildungswesen gemacht haben, profitieren zu können, hat die Kommission am 18.06.2020 eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Sie richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger sowie an Einrichtungen und Organisationen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, die bereit sind, ihre Meinungen und Erfahrungen mit der Nutzung digitalen Unterrichts während der Corona-Krise mit der Kommission zu teilen. Die Kommission betont ihrerseits, dass rund einhundert Mio. Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrkräfte und sonstige Beschäftigte in der Bildung betroffen waren und noch sind. Für viele von ihnen sei es das erste Mal gewesen, dass sie mitten im laufenden akademischen Jahr beim Lernen und Lehren komplett auf digitale Technologien umsteigen mussten. Dies sei ein wertvoller Erfahrungsschatz, den die Kommission nutzen und in die in diesem Jahr anstehende Überarbeitung des Aktionsplans für digitale Bildung einfließen lassen möchte. Die Konsultation läuft bis zum 04.09.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12453-Digital-Education-Action-Plan>

Kommission; Kreatives Europa; Kooperationsprojekte 2020 im Kulturbereich

Am 03.06.2020 hat die Kultur-Exekutivagentur EACEA der Kommission die Ergebnisse der achten Antragsrunde für kulturelle Kooperationsprojekte im Programm Creative Europe veröffentlicht. Aus den 391 eingereichten Projekten wurden dabei 113 ausgewählt. Damit vergibt die Kommission insgesamt rund 47 Mio. EUR an europaweite Kulturprojekte. An den bewilligten Projektkonsortien werden insgesamt 42 deutsche Organisationen in 36 verschiedenen Projekten teilnehmen. Unter den sog. „Großen Kooperationsprojekten“ sind aus DEU u. a. die Tanzfabrik Berlin e.V. und das Sommerblut Kulturfestival e.V. in Köln. Unter den sog. „Kleinen Kooperationsprojekten“ wählte die Europäische Union OSTRALE - Zentrum für zeitgenössische Kunst e.V in Dresden, den Musikwettbewerb für die Jugend EMCY e.V. in München und das Center for the Cultivation of Technology in Berlin aus. Auch Hessische Projekte wurden positiv beschieden: So engagiert sich Litprom e.V. aus Frankfurt am Projekt „Arabic Literature in European Languages“. Litprom e.V. engagiert sich als Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Am weiteren Projekt Ulysses ist die IEMA (Internationale Ensemble Modern Akademie e.V.) aus Frankfurt beteiligt. Und die Frankfurter Buchmesse engagiert sich u.a. mit der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz an der Initiative Aldus Up - Building Bridges in the Book World.

https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe/selection-results/support-european-cooperation-projects-2020_en

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Europäischer Forschungsrat; Fristen für Ausschreibungen

Die Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrats (ERCEA) hat vor kurzem die Nationalen Kontaktstellen für den Forschungsrat über die geplanten Termine für die ersten ERC Ausschreibungen für das kommende Jahr informiert. Der Europäische Forschungsrat ist fest in der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa verankert. Voraussetzung ist für den mitgeteilten Zeitplan, dass Horizont Europa wie vorgesehen am 1. Januar 2021 starten wird, was von einer rechtzeitigen Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmen abhängt. Die vorläufigen Termine werden vom ERC bisher wie folgt angekündigt: Für den Starting Grant wird die

Ausschreibung am 12.01.21 öffnen, Einreichungen bis 09.03.21. Der Consolidator Grant Call wird am 21.01.21 öffnen, Einreichungen können bis 20.04.21 erfolgen. Zum Advanced Grant wiederum erfolgen die Ausschreibungen am 20.05.21, Einreichungen sind bis 31.08.21 möglich. Zum Synergy Grant wird es hingegen keine Ausschreibung im kommenden Jahr geben. Zum Proof of Concept wird es vsl. drei Einreichungsfristen geben.

<https://www.euburo.de/erc.htm>

Kommission; Neuer Aufruf für das Programm „Erasmus+“ zur Akkreditierung für Einrichtungen, die ab 2021 Personen einen Bildungsaufenthalt im Ausland ermöglichen möchten

Am 28.05.2020 hat die Kommission einen Aufruf zur Erasmus-Akkreditierung für die Bereiche Erwachsenenbildung, berufliche Bildung und Schulbildung veröffentlicht. Damit sollen Einrichtungen, die ab 2021 Mobilitätsprojekte im Folgeprogramm von „Erasmus+“ in den genannten Bildungsbereichen durchführen möchten, angesprochen werden. Der Bereich Jugendbildung soll später in ähnlicher Form seitens der Kommission aufgerufen werden. Im Bereich der Hochschulbildung soll das bisherige Verfahren beibehalten werden. Da das Folgeprogramm von Erasmus+ noch nicht von der EU-Institutionen verabschiedet wurde, steht dieser Aufruf unter dem Vorbehalt, dass es keine grundlegenden Änderungen an der Rechtsgrundlage geben wird. Der jetzt von der Kommission veröffentlichte Entwurf soll auch das Ziel verfolgen, die Antragsstellung für ein Projekt in Zukunft einfacher für die beteiligten Einrichtungen zu gestalten. Demnach soll die Akkreditierung nur einmal beantragt werden und die Einrichtungen können dann jährlich fortlaufend Mittelanfragen für ihre Mobilitätsaktivitäten stellen. Anträge für Einzelprojekte sollen entfallen. Bei der Akkreditierung ist die Erstellung eines Erasmus-Plans vorgegeben. Dieser Plan soll sowohl die Frage beantworten, wie die Einrichtung ihre Mobilitätsaktivitäten organisieren möchte, als auch die Weiterentwicklung der Einrichtung selbst beinhalten. Gemeinsame Prioritäten für alle Bildungsbereiche sind u.a. die Stärkung von Inklusion, Diversität, Toleranz und demokratische Teilhabemöglichkeiten, Wissen über das gemeinsame europäische Erbe und den Reichtum an Vielfalt wie auch die Entwicklung von fachlichen Netzwerken in den Mitgliedstaaten der EU. Antragschluss für die Akkreditierung ist der 29.10.2020.

https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/calls/2020-erasmus-accréditation_de

Kommission; Aufruf für die Bewerbung um den „Access City Award 2021“ veröffentlicht

Am 09.06.2020 hat die Kommission den Aufruf für den Wettbewerb um den 11. Access City Award veröffentlicht. Städte in der EU mit mehr als 50.000 Einwohnern sind eingeladen, sich jetzt zu bewerben. Bewerbungsschluss ist der 09.09.2020. Diese Auszeichnung will Bereitschaft, die Fähigkeit und die Bemühungen einer Stadt, für Menschen mit Behinderungen zugänglicher zu werden, fördern. Nach den Erfolgen aus den vorausgegangenen Wettbewerben will die Kommission weiterhin die Gewinner des ersten, zweiten und dritten Platzes mit Preisgeldern in Höhe von 150.000, 120.000 und 80.000 EUR auszeichnen. Die Wettbewerbsregeln, der Leitfaden und die Dokumente für die Bewerbung sind unter dem folgenden Link aufrufbar.

<http://www.accesscityaward.eu/registration/initialize.xhtm?lang=de>

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- 22.06. Videokonferenz EU-China-Summit
- 23.06. Bildungsrat
- 23.06. Umweltrat
- 30.06. Videokonferenz EU-Südkorea
- 30.06. Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region – Konferenz in Brüssel

Europäische Kommission

- 24.06. Sitzung der Kommission
 - Strukturierte Debatte über Rassismus
 - Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2021
 - Jährlicher Management- und Leistungsbericht 2019
 - EU-Strategie für die Rechte der Opfer
 - Bericht über die Anwendung der Allgemeinen Datenschutzverordnung (GDPR)
 - Angleichung der einschlägigen Strafverfolgungsvorschriften der Union im Hinblick auf den Datenschutz
- 01.07. Sitzung der Kommission
 - Umsetzung Jugendgarantie
 - Update Skills Agenda
 - Stärkung Jugendbeschäftigung
 - Ratsempfehlungen berufliche Bildung

Europäisches Parlament

Es findet keine Plenarsitzung statt.

Ausschuss der Regionen

23.06.2020 ECON-Sitzung

- KMU-Strategie (Abstimmung)
- Eine neue Industriestrategie für Europa (Abstimmung)
- Bericht über die Hindernisse im Binnenmarkt und Aktionsplan für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (Abstimmung)
- Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas und eine europäische Datenstrategie (Abstimmung)

25.06.2020 CIVEX-Sitzung

- Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien (Abstimmung)

30.06. – 02.07.2020 Sitzung des 139. AdR-Plenums

- Die Umsetzung von Freihandelsabkommen aus regionaler und lokaler Sicht
- Das Dienstleistungspaket: aktualisierter Standpunkt der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas
- Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie, der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen und der Hochwasserrichtlinie
- Die Zukunft der EU-Luftqualitätspolitik im Rahmen des Null Schadstoff Ziels
- Ein Fahrplan für sauberen Wasserstoff – der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu einem klimaneutralen Europa
- Fonds für einen gerechten Übergang
- Europäisches Klimagesetz: Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität
- Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt
- EntschlieÙung zum überarbeiteten MFR für 2021–2027 und zum Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa
- EntschlieÙung zu den Prioritäten des Europäischen Ausschusses der Regionen 2020–2025 – Mehr Bürgernähe der EU
- EntschlieÙung zu den Vorschlägen für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2021

Europäischer Gerichtshof

- 22.06.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (GroÙe Kammer) in den Rechtssachen C-344/19 (Radiotelevizija Slovenija (Bereitschaftszeiten an einem entlegenen Ort)) und C-580/19 (Stadt Offenbach am Main (Bereitschaftszeiten bei der Feuerwehr)): Bereitschaftszeit = Arbeitszeit?
- 25.06.2020 Urteil des Gerichtshofs (GroÙe Kammer) in der Rechtssache C-24/19 A u. a. (Windkraftanlagen in Aalter und Nevele): Genehmigung von Windkraftanlagen
- 25.06.2020 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-762/18 (Varhoven kasatsionen sad na Republika Bulgaria) und C-37/19 (Iccrea Banca): Bezahlter Jahresurlaub – Wiedereinstellung nach rechtswidriger Kündigung
- 25.06.2020 Urteil des Gerichtshofs in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-36/20 PPU (Ministerio Fiscal (Behörde, die einen Antrag auf internationalen Schutz entgegennehmen kann)): Entgegennahme von Anträgen auf internationalen Schutz
- 25.06.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-92/18 (FRA / Parlament (Ausübung des Budgetrechts II)): Plenartagungen in Brüssel

25.06.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-808/18 (Kommission / HUN): Asylverfahren in HUN

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 03.07.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA